

d·i·e

Deutsches Institut für  
Entwicklungspolitik



German Development  
Institute

*Die Millennium Development Goals:*  
Hintergrund, Bedeutung und  
Bewertung aus Sicht der deutschen  
Entwicklungszusammenarbeit

Markus Loewe

Bonn, November 2005

**Loewe, Markus:** Die Millennium Development Goals : Hintergrund, Bedeutung und Bewertung aus Sicht der deutschen Entwicklungszusammenarbeit / Markus Loewe. – Bonn : Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 2005. – (Discussion Paper / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik ; 12)

ISBN 3-88985-301-3

Aktualisierter Auszug aus : Relevanz der Millennium Development Goals (MDGs) für die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas sowie für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit dieser Region / Markus Loewe. – Bonn : Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 2005. – (Studies / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik ; 9)

ISBN 3-88985-294-7

**Dr. Markus Loewe** ist seit 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter im DIE. Er studierte Volkswirtschaftslehre in Tübingen, Erlangen und Damaskus und promovierte in Heidelberg. Seine thematischen Schwerpunkte sind Sozialpolitik, Armutsbekämpfung sowie die soziale Entwicklung in Entwicklungsländern.

E-Mail: [markus.loewe@die-gdi.de](mailto:markus.loewe@die-gdi.de)

## Vorwort

Das vorliegende Discussion Paper des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) ist weitgehend identisch mit Kapitel 2 der DIE-Studie 9 „*Relevanz der Millennium Development Goals (MDGs) für die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas sowie für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit dieser Region*“ desselben Autors. Der Text wurde ursprünglich aus der längeren Studie herausgelöst, weil es bislang kaum überblicksartige Literatur über den Hintergrund und den Stellenwert der MDGs gibt, die sich zur schnellen Einführung in die Thematik bzw. zur Vorbereitung von Seminaren oder Vorlesungen eignen würde. In Form eines Manuskripts wurde er bei zahlreichen Gelegenheiten (bei Vorträgen an Universitäten und in Institutionen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, im Lehrgang des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik und des Auswärtigen Amtes etc.) eingesetzt. Aufgrund der positiven Resonanz wurde entschieden, den Text in einer formelleren Form als DIE-Discussion Paper zu veröffentlichen und ihn dadurch einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

An einigen Stellen wurden allerdings Aktualisierungen gegenüber der ursprünglichen Fassung vorgenommen. So wurden insbesondere die Ergebnisse des Millennium+5-Gipfels der Vereinten Nationen vom September 2005 in New York („*World Summit*“) berücksichtigt.



## Inhaltsverzeichnis

### Abkürzungsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Historischer Hintergrund	2
3	Bedeutung der <i>Millennium Declaration</i>	13
4	Bewertung der <i>Millennium Development Goals (MDGs)</i>	15
5	Der Millenniumsprozess	20
6	Konsequenzen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit	22
	Literaturverzeichnis	25

### Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

#### Übersichten:

Übersicht 1:	Das Jahrzehnt der Weltkonferenzen	4
Übersicht 2:	Gemeinsame Anliegen der VN-Weltkonferenzen 1990-2000	5
Übersicht 3:	Die <i>International Development Goals</i> des OECD/DAC von 1996	6
Übersicht 4:	Die MDGs mit ihren Unterzielen und Indikatoren	7
Übersicht 5:	Bilanz des Millennium+5 Gipfels im September 2005	12
Übersicht 6:	Multikausalitäten: Das Beispiel der Kindersterblichkeitsrate	18

#### Abbildungen:

Abbildung 1:	Bilanz des Millennium+5 Gipfels im September 2005	15
--------------	---	----



## Abkürzungsverzeichnis

AIDS	Acquired Immuno Deficiency Syndrome
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn
DOTS	Directly Observed Treatment Short Course (für Tuberkulose)
ECOSOC	Economic and Social Council
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
G8	Gruppe der acht großen Wirtschaftsnationen (Deutschland, Frankreich, Kanada, Italien, Japan, Vereinigte Staaten und Vereinigtes Königreich plus Russische Föderation)
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Eschborn
HIPC	heavily indebted poor countries
HIV	Human Immunodeficiency Virus
ICPD	International Conference on Population and Development
IEA	International Energy Agency, Paris
ILO	International Labour Organization / International Labour Office (Internationale Arbeitsorganisation / Internationales Arbeitsamt), Genf
IMF	International Monetary Fund, Washington DC
IPU	Inter-Parliamentary Union, Genf
ITU	International Telecommunication Union, Genf
IUCN	The World Conservation Union (ursprünglich International Union for Conservation of Nature and Natural Resources), Gland (Schweiz)
LDCs	least developed countries
LLDCs	land-locked developing countries
MDG(s)	Millennium Development Goal(s)
ODA	official development assistance
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development, Paris
OECD/DAC	Development Assistance Committee der OECD, Paris
PRSP	Poverty Reduction Strategy Paper
UNAIDS	The Joint United Nations Programme on HIV/AIDS, Genf
UN	United Nations (Vereinte Nationen), New York / Genf
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development, Genf, New York
UNDP	United Nations Development Programme, New York
UNEP	United Nations Environmental Programme, Nairobi
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, Paris
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change, Bonn
UN-HABITAT	United Nations Human Settlements Programme, Nairobi
UNICEF	United Nations Children's Fund, New York
UNO	United Nations Organization, New York, Genf
UNSD	United Nations Statistics Division, New York
USA	United States of America
VN	Vereinte Nationen
WHO	World Health Organization, Genf
WTO	World Trade Organization, Genf



## 1 Einleitung

Im September 2000 verabschiedeten 189 unabhängige Staaten im Rahmen der 55. Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN) / United Nations (UN) in New York die *Millennium Declaration*. Die meisten Länder wurden bei diesem sog. Millenniumsgipfel von ihren Staats- oder Regierungschefs vertreten. Zu keinem anderen Anlass in der Geschichte war eine ähnlich große Zahl von höchsten Repräsentanten unabhängiger Staaten zusammengetroffen. Dies und die Tatsache, dass alle Teilnehmer in ihren Redebeiträgen eine eigene Stellungnahme zur *Millennium Declaration* abgaben, unterstreicht, welche große Bedeutung der Erklärung schon im Vorfeld beigemessen wurde.

Der Millenniumsgipfel kann als vorläufiger Kulminationspunkt einer Entwicklung angesehen werden, die nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes begann und einen Paradigmenwechsel in der internationalen Entwicklungsdebatte und den internationalen Organisationen mit sich brachte. So stellt die *Millennium Declaration* eine Synthese von zahlreichen Beschlüssen und Absichtserklärungen dar, die im Laufe der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts in unterschiedlichen Foren von der internationalen Staatengemeinschaft abgegeben worden waren.

Im Anschluss an den Millenniumsgipfel extrahierte eine Arbeitsgruppe, die sich aus Vertretern der VN, der Weltbank, der *Organisation for Economic Co-operation and Development* (OECD) und anderen internationalen Organisationen zusammensetzte, einige messbare Zielvorgaben aus der *Millennium Declaration*. Dabei ergab sich eine Liste von acht sog. *Millennium Development Goals* (MDGs), die im Wesentlichen auf zwei Kapiteln der *Millennium Declaration* beruhen: dem Kapitel „Entwicklung und Armutsbekämpfung“ sowie dem Kapitel „Schutz der gemeinsamen Umwelt“.

Die MDGs wurden im September 2001 von der 56. Generalversammlung der VN zur Kenntnis genommen und im Abschlussdokument des Millennium+5-Gipfels im September 2005 im Rahmen der 60. Generalversammlung der VN bekräftigt. Sie sind durch 18 Unterziele (*targets*) und 48 Indikatoren spezifiziert. Für die meisten von ihnen ist eine Umsetzungsfrist bis 2015 vorgesehen. Im Einzelnen beziehen sie sich auf

1. die Bekämpfung von Einkommensarmut und Hunger,
2. die Möglichkeit einer vollständigen Primarschulbildung für alle Kinder,
3. den Abbau von Ungleichgewichten zwischen den Geschlechtern,
4. die Senkung der Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren,
5. die Verbesserung der Gesundheit von Schwangeren und Müttern,
6. die Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Infektionskrankheiten,
7. die Verbesserung der ökologischen Nachhaltigkeit der Politik sowie
8. den Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft.

Diese Ziele sollen sowohl auf globaler Ebene als auch in den einzelnen Nationalstaaten erreicht werden. Mit ihnen verfügt die Weltgemeinschaft erstmals über ein gemeinsames Zielsystem, dem nicht nur alle relevanten Akteure – die Nationalstaaten ebenso wie die internati-

onalen Organisationen – zugestimmt haben, sondern dessen Erreichen auch messbar und mit einem festen Termin verknüpft ist.

Das vorliegende Papier verfolgt drei Ziele: Erstens wird die Bedeutung der *Millennium Declaration* und der MDGs in der internationalen Entwicklungsdebatte im historischen Kontext dargestellt. Zweitens wird erläutert, welche Risiken und Chancen mit den MDGs verbunden sind. Drittens wird diskutiert, welche Konsequenzen sich aus den internationalen Zielen für Deutschland und für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ergeben.

## 2 Historischer Hintergrund

Der *Millennium Summit* ist das Ergebnis einer zumindest partiellen Abkehr vom sog. *Washington Consensus* (Gsänger 1996a; Eberlei 2000). Hierbei handelt es sich um ein Entwicklungsparadigma, das die internationale Debatte während der 1980er Jahre beherrschte und auf dem Gedankengut der neoliberalen Wirtschaftslehre basiert. Seinen Ausdruck fand der *Washington Consensus* v.a. in den Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogrammen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, die eine Konsolidierung der Leistungs- und Haushaltsbilanz in den verschuldeten Entwicklungsländern, eine kontinuierliche und nicht interventionistische Geld- und Fiskalpolitik sowie eine strukturelle Reform der Märkte (Öffnung, Deregulierung und Privatisierung) vorsahen. Armutsbekämpfung wurde in hohem Maße mit einer Steigerung des Wirtschaftswachstums gleichgesetzt, da man davon ausging, dass dieses früher oder später über einen *trickle down*-Effekt auch den Armen zugute kommen würde.

Zu Beginn der 1990er Jahre zeichnete sich allerdings ab, dass diese Annahme in solcher Weise nicht zu halten war. In vielen Entwicklungsländern – v.a. in Subsahara-Afrika, aber auch Lateinamerika – hatte die Armut während der Strukturanpassungsprogramme sogar zugenommen. Bereits Mitte der 1980er Jahre kritisierte das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), die hohen sozialen Kosten dieser Programme und mahnte „Anpassungsprogramme mit menschlichem Antlitz“ an. Diese Forderung wurde 1990 vom *United Nations Development Programme* (UNDP) programmatisch untermauert, indem es dem *World Development Report* der Weltbank erstmals einen *Human Development Report* gegenüberstellte (El Masry 2003, 472). Dieser legte dar, dass wirtschaftliches Wachstum keinesfalls automatisch auch mit Fortschritten bei der sozialen Entwicklung (bspw. bei Bildungs- und Gesundheitsindikatoren) verbunden ist (UNDP 2000). Zudem kritisierte der Bericht, dass die Entwicklungsdebatte größtenteils von einem eindimensionalen, rein ökonomischen Armutsverständnis geprägt war. Auf der Basis des maßgeblich von Amartya Sen (1981 und 1999) geprägten *capabilities approach* wurde Armut in ihm als Mangel an Wahlfreiheiten definiert, i.e. an Möglichkeiten (*capabilities*), unterschiedliche Aktivitäten durchzuführen (Lipton / Ravallion 1995). Dabei kann nach dem *capabilities approach* unterschieden werden zwischen

- *economic capabilities* (auf der Basis von Einkommen und Vermögen),
- *human capabilities* (auf der Basis von Gesundheit, Bildung und Zugang zu Nahrung, Wasser und Wohnraum),
- *political capabilities* (Freiheit, Stimme, Einfluss, Macht),
- *socio-cultural capabilities* (Status, Würde, Zugehörigkeit, kulturelle Identität) und
- *protective capabilities* (Sicherheit vor Risiken und Gefährdungen jeglicher Art).

Einige dieser Möglichkeiten versuchen die seit 1990 jährlich herausgegebenen *Human Development Reports* durch den *Human Development Index* zu messen. Hierbei handelt es sich um einen zusammengesetzten Wohlstandsindikator, in den das Pro-Kopf-Einkommen (als Maßzahl für die *economic capabilities* der Bewohner eines Landes) sowie Bildungs- und Gesundheitsindikatoren (als Gradmesser für ihre *human capabilities*) eingehen (El Masry 2003, 472).

Die enttäuschende Entwicklungsbilanz der 1980er Jahre führte außerdem dazu, dass für die erste Hälfte der 1990er Jahre eine Reihe von internationalen Konferenzen im Rahmen des VN-Systems angesetzt wurden, die sich mit unterschiedlichen Aspekten der sozialen und ökologischen Entwicklung beschäftigten (vgl. Übersicht 1). Den Auftakt machte 1990 der *World Summit on Education for All* in Jomtien (Thailand), auf dem sich die Weltgemeinschaft eine Reihe von bildungspolitischen Zielen setzte, darunter v.a., dass bis zum Jahre 2000 alle Kinder – Mädchen und Jungen – die Möglichkeit bekommen sollten, eine vollständige Grundbildung zu absolvieren. Der von der *United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization* (UNESCO) organisierten Konferenz folgten der Weltkindergipfel 1990 in New York und 1992 der sog. Erdgipfel in Rio de Janeiro, auf dem gleich vier wegweisende Deklarationen verabschiedet wurden. Besonders wichtig für die weitere Entwicklung war der Weltgipfel für Soziale Entwicklung 1995 in Kopenhagen, dessen 10-Punkte-Erklärung zur sozialen Entwicklung die Grundlage für die MDGs bildet.

Diese Weltkonferenzen stellten als solche kein Novum dar. Auch in früheren Jahrzehnten hatten herausragende Ereignisse auf internationaler Ebene stattgefunden, bei denen ebenfalls Absichtserklärungen und Selbstverpflichtungen zu unterschiedlichen Themen verkündet worden waren. Neu waren allerdings (i) die große Zahl und dichte Abfolge der Weltgipfel, (ii) die Detailliertheit und Verbindlichkeit ihrer Beschlüsse und (iii) der politische Rang, der den Veranstaltungen beigemessen wurde. Dies lässt sich einerseits mit dem Ende des bipolaren internationalen Systems erklären, hat andererseits aber auch mit der Verbreitung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien, der fortschreitenden Globalisierung und dem hiermit verbundenen Sinn für vernetztes Denken zu tun: In vielen Ländern war ein Bewusstsein dafür gereift, dass sich zahlreiche sozioökonomische, ökologische und menschenrechtliche Probleme nicht auf nationaler Ebene lösen lassen, sondern einer internationalen Regelung bedürfen, und dass zwischen diesen Problemen vielfältige Interdependenzen bestehen. Dies schlägt sich auch darin nieder, dass die auf den Weltgipfeln verabschiedeten Deklarationen und Vereinbarungen die globalen Probleme ganzheitlich beleuchten und die wechselseitigen kausalen Zusammenhänge zwischen ihnen betonen (Gsänger 1996b, 2; Martens 2005; Satterthwaite 2004, 8).

Am Ende des Jahrzehnts bestand ein hohes Maß an Übereinstimmung bei zahlreichen entwicklungspolitischen Fragen, die die Verabschiedung der *Millennium Declaration* erst ermöglichte. Insbesondere konnte durch die Konferenzen ein breiter Konsens über ein gemeinsames Zielsystem und über strategische Ansatzpunkte für seine Umsetzung etabliert werden (vgl. Übersicht 2).

Dabei gilt es zu bedenken, dass auch dieses multidimensionale Zielsystem nichts vollkommen Neues darstellt, sondern sich mit den Motiven deckt, die 1945 zur Gründung der VN geführt hatten und in der VN-Charta genannt sind. Allerdings kontrastiert es in vielerlei Hinsicht mit der einseitigen Fokussierung der Entwicklungspolitik der 1980er Jahre auf ökonomische Zielgrößen wie Wachstum, Einkommen und Inflationsbekämpfung.

<b>Übersicht 1: Das Jahrzehnt der Weltkonferenzen</b>		
<b>Jahr</b>	<b>Ereignis</b>	<b>wichtigste Ergebnisse</b>
1990	World Summit on Education for All (Jomtien)	– Agenda Education for All
1990	World Summit for Children (New York)	
1992	UN Conference on Environment and Development / “Earth Summit” (Rio de Janeiro)	– Rio Declaration – Agenda 21 – UN Framework Convention on Climate Change – Statement of Forest Principles – UN Convention on Biological Diversity
1993	2 <sup>nd</sup> World Conference on Human Rights (Wien)	– Vienna Declaration and Programme of Action
1994	World Conference on Natural Disaster Reduction (Yokohama)	
1994	3 <sup>rd</sup> International Conference on Population and Development (Kairo)	– ICPD Programme of Action
1994	Conference on Small Island Developing States (Barbados)	
1995	World Summit for Social Development (Kopenhagen)	– Copenhagen Declaration on Social Development – Copenhagen Programme of Action – 20 / 20-Initiative des OECD/DAC – OECD/DAC-Resolution Shaping the 21 <sup>st</sup> Century (1996): 7 International Development Goals
1995	4 <sup>th</sup> World Conference on Women (Peking)	
1996	2 <sup>nd</sup> UN Conference on Human Settlements/ ”Habitat” (Istanbul)	
1996	World Food Summit (Rom)	– Programme of Action
2000	UN Millennium Summit (New York)	– Millennium Declaration
2001	World Conference against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance (Durban)	– Durban Declaration and Programme of Action
2001	UN General Assembly (New York)	– Secretary-General’s Report Road Map Towards the Implementation of the Millennium Declaration (enthält die MDGs)
2002	International Conference on Financing for Development (Monterrey)	– Monterrey Consensus: Bestätigung der MDGs, PRSP-Prozess; Erweiterung der HIPC-Initiative vom Kölner G8-Gipfel 1999; ODA-Erhöhung
2002	World Summit on Sustainable Development (Johannesburg)	– Erweiterung der MDGs um zwei Unterziele zur nachhaltigen Entwicklung
2005	High-level Plenary Meeting / “World Summit” (New York)	– World Summit Outcome Resolution: Bekräftigung der MDGs
Quelle: eigener Entwurf		
Anmerkung: Die rechte Spalte enthält nur Ergebnisse, deren Bedeutung über den auf der jeweiligen Konferenz besprochenen Themenkreis hinausgeht.		

Übersicht 2: Gemeinsame Anliegen der VN-Weltkonferenzen 1990-2000	
Zentrale Anliegen	Hauptansatzpunkte
<ul style="list-style-type: none"> <li>– Durchsetzung der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte</li> <li>– Beseitigung der absoluten Armut</li> <li>– Förderung der sozialen Integration</li> <li>– Gleichstellung und Gleichberechtigung der Frauen</li> <li>– Ökologisch nachhaltige Ressourcennutzung</li> <li>– Hilfe für besonders benachteiligte Ländergruppen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Verbesserung der internationalen Rahmenbedingungen (Handel, Finanzierung etc.)</li> <li>– Schaffung marktwirtschaftlicher Ordnung</li> <li>– Beteiligung der Bevölkerung am politischen Entscheidungsprozess</li> <li>– Stärkung der Zivilgesellschaft</li> <li>– Zugang zu sozialen Grunddiensten für alle</li> <li>– dauerhafte Sicherung des Lebensunterhalts durch produktive Beschäftigung</li> <li>– Verbesserung der Rechtsstellung der Frauen in Staat und Gesellschaft</li> <li>– Umwelt- und Ressourcenschutz</li> </ul>
Quelle: Gsänger (1996b, 5)	

Der neue Konsens wurde schon bald von einer breiten Allianz von Akteuren mitgetragen: dem VN-System, der OECD und schließlich auch den *Bretton Woods*-Institutionen: dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank.<sup>1</sup>

1996 verabschiedete das *Development Assistance Committee* der OECD (OECD/DAC) die Resolution „*Shaping the 21<sup>st</sup> Century: The Contribution of Development Co-operation*“ (Clemens / Kenny / Moss 2004, 5), in der der Ausschuss die zentralen Ziele der vorangegangenen Weltkonferenzen (vgl. Übersicht 3) aufgriff und eine globale Entwicklungspartner-

1 Bereits seit Mitte der 1980er Jahre waren die Strukturanpassungsprogramme immer weiter verfeinert worden, weil man eingesehen hatte, dass die Programme der ersten Generation nicht die erhofften Erfolge gebracht hatten. In vielen Entwicklungsländern waren die vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zur Vorbedingung für weitere Darlehen erklärten Konsolidierungsmaßnahmen im Bereich der Fiskal- und Währungspolitik dringend erforderlich gewesen. Ebenso führten die strukturellen Anpassungsmaßnahmen (Deregulierung und Öffnung der Märkte, Privatisierung von Staatsunternehmen) zum Teil zur Verbesserung der Effizienz der Ökonomien. In vielen Ländern – insbesondere in Afrika und im Nahen Osten – blieben aber die erwarteten Wachstumsimpulse aus und die sozialen Indikatoren verschlechterten sich in Folge der Kürzungen im Sozialbudget der nationalen Regierungen. Hierfür können Schwächen der Strukturanpassungsprogramme selbst, aber auch das unzureichende *commitment* der Regierungen bei der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen verantwortlich gemacht werden.

1999 schlug daher der Präsident der Weltbank das *comprehensive development framework* vor, mit denen die Entwicklungsländer „*back in the driver’s seat*“ gebracht werden sollten. Sie sollten ihre Entwicklungsprioritäten selber entwickeln und definieren und Überlegungen anstellen, in welchen Bereichen sie bei der Erreichung ihrer Ziele besonders dringend auf externe Unterstützung angewiesen waren. Erst danach sollten die Geber darstellen, in welchen dieser Bereiche sie sich im Sinne der nationalen Entwicklungsstrategien engagieren wollten. Dadurch sollte eine bessere Koordinierung der Geber und Kohärenz von nationaler Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit erreicht werden. Auf diesem Konzept beruhen die heutigen *Poverty Reduction Strategy Papers* (PRSPs), die von Entwicklungsländern in einem partizipativen Prozess erarbeitet werden müssen, wenn sie von einer Entschuldung im Rahmen der *Heavily Indebted Poor Countries* (HIPC)-Initiative profitieren wollen.

Ein weiteres eindeutiges Zeichen für den Kurswechsel der Weltbank stellen die breit angelegte Studie *Voices of the Poor* von 1999 und der darauf beruhende Weltentwicklungsbericht *Attacking Poverty* von 2000/2001 (Weltbank 2000) dar. In beiden Dokumenten bekennt sich die Weltbank – anders als noch im Weltentwicklungsbericht *Poverty* von 1990 (Weltbank 1990) – zu einem mehrdimensionalen Verständnis von Armut.

schaft vorschlug, durch die die „*ambitious but realisable goals*“ (OECD/DAC 1996, 2) bis 2015 erreicht werden könnten. Diese sog. *International Development Goals* sollten von jedem einzelnen Land verfolgt und erreicht werden. Grundlegend seien hierbei

*“qualitative factors in the evolution of more stable, safe, participatory and just societies. These include capacity development for effective, democratic and accountable governance, the protection of human rights and respect for the rule of law. We will also continue to address these less easily quantified factors of development progress.”* (OECD/DAC 1996, 2).

Im Gegenzug sollten die industrialisierten Länder den Entwicklungsländern breite und effektive Unterstützung beim Verfolgen der *International Development Goals* in Aussicht stellen: einerseits durch eine Erhöhung ihrer Entwicklungshilfearbeit, andererseits aber auch durch eine verbesserte Koordination ihrer Entwicklungszusammenarbeit untereinander sowie mit der entwicklungspolitischen Ausrichtung und Planung der Entwicklungsländer:

*“Effective international support can make a real difference in achieving these goals. This is far from saying that they can be achieved by aid alone. The most important contributions for development, as in the past, will be made by the people and governments of the developing countries themselves. But where this effort is forthcoming it needs and deserves strong support from the industrialised countries. We commit ourselves to do the utmost to help.”* (OECD/DAC 1996, 2).

### Übersicht 3: Die *International Development Goals* des OECD/DAC von 1996

#### Ökonomisches Wohlergehen:

- den Anteil derjenigen bis 2015 halbieren, die in extremer Einkommensarmut leben

#### Soziale Entwicklung:

- bis 2015 Grundbildung für jeden in allen Ländern der Welt sicherstellen
- bis 2005 nachweisbare Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter und beim *empowerment* von Frauen durch die Überwindung von Disparitäten zwischen den Geschlechtern in der Grund- und Sekundärbildung erzielen
- bis 2015 die Kinder- und Säuglingssterblichkeitsraten um zwei Drittel und die Müttersterblichkeitsraten um drei Viertel verringern
- allen Menschen im entsprechenden Alter über das System der primären Gesundheitsversorgung baldmöglichst, jedoch spätestens 2015, Zugang zu Dienstleistungen der reproduktiven Gesundheit verschaffen

#### Ökologische Nachhaltigkeit und Regeneration:

- nationale Strategien der nachhaltigen Entwicklung in allen Ländern bis 2005 fortlaufend umsetzen, um sicherzustellen, dass die derzeitigen Trends von Verlusten an Umweltressourcen sowohl auf der globalen als auch auf der nationalen Ebene bis 2015 wirksam umgekehrt werden

Quelle: OECD/DAC (1996, 2)

<b>Übersicht 4: Die MDGs mit ihren Unterzielen und Indikatoren</b>	
<b>Ziele und Unterziele</b>	<b>Indikatoren</b> <i>(mit den internationalen Organisationen, die für die Datenerhebung zuständig sind, in Klammern und in kursiver Schrift)</i>
<b>Ziel 1: Einkommensarmut und Hunger bekämpfen</b>	
<b>Unterziel 1:</b> Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Anteil der Bevölkerung mit weniger als 1 US \$ pro Tag in Kaufkraftparitäten (<i>Weltbank</i>) <i>(um Armutstrends zu verfolgen, sind z.T. Armutsindikatoren hilfreich, die auf nationalen Armutsgrenzen basieren)</i></li> <li>2. Armutslücke = Armutsinzidenz Armutstiefe (<i>Weltbank</i>) <i>(durchschnittliche Armutstiefe = Differenz des Einkommens der Armen und der Armutsgrenze in % der Armutsgrenze, wobei das Maß über die gesamte Bevölkerung berechnet wird, indem für Nichtarme eine Armutstiefe von null angesetzt wird)</i></li> <li>3. Anteil, den das ärmste Fünftel der Bevölkerung am gesamten nationalen Konsum hat (<i>Weltbank</i>)</li> </ol>
<b>Unterziel 2:</b> Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden	<ol style="list-style-type: none"> <li>4. Prävalenz von Untergewicht bei Kindern unter fünf Jahren (<i>UNICEF / WHO</i>)</li> <li>5. Anteil der Bevölkerung unter dem Mindestniveau des Nahrungsennergieverbrauchs (<i>FAO</i>)</li> </ol>
<b>Ziel 2: Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung</b>	
<b>Unterziel 3:</b> Bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass alle Kinder weltweit, Jungen wie Mädchen, die Primarschulbildung vollständig abschließen können	<ol style="list-style-type: none"> <li>6. Nettoeinschulungsquote im Primarschulbereich (<i>UNESCO</i>)</li> <li>7. Anteil der Erstklässler, die das fünfte Schuljahr erreichen (<i>UNESCO</i>) <i>(Alternative: die Grundschulabschlussquote)</i></li> <li>8. Alphabetisierungsquote bei den 15- bis 24-Jährigen (<i>UNESCO</i>)</li> </ol>
<b>Ziel 3: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen</b>	
<b>Unterziel 4:</b> Das Geschlechtergefälle in der Primar- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015	<ol style="list-style-type: none"> <li>9. Verhältnis Mädchen/Jungen in der Primar-, Sekundar- und Tertiärstufe des Schulsystems (<i>UNESCO</i>)</li> <li>10. Verhältnis weibliche/männliche Alphabeten bei den 15- bis 24-Jährigen (<i>UNESCO</i>)</li> <li>11. Anteil der Frauen an den nichtselbständigen Erwerbstätigen außerhalb der Landwirtschaft (<i>ILO</i>)</li> <li>12. Sitzanteil der Frauen in nationalen Parlamenten (<i>IPU</i>)</li> </ol>
<b>Ziel 4: Senkung der Kindersterblichkeit</b>	
<b>Unterziel 5:</b> Zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken	<ol style="list-style-type: none"> <li>13. Sterblichkeitsrate bei Kindern unter fünf Jahren (<i>UNICEF / WHO</i>)</li> <li>14. Säuglingssterblichkeitsrate (<i>UNICEF / WHO</i>)</li> <li>15. Anteil der Einjährigen, die gegen Masern geimpft sind (<i>UNICEF / WHO</i>)</li> </ol>
<b>Ziel 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern</b>	
<b>Unterziel 6:</b> Zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken	<ol style="list-style-type: none"> <li>16. Müttersterblichkeitsrate (<i>UNICEF / WHO</i>)</li> <li>17. Anteil der von medizinischem Fachpersonal begleiteten Geburten (<i>UNICEF / WHO</i>)</li> </ol>

<b>(Forts. Übersicht 4: Die MDGs mit ihren Unterzielen und Indikatoren)</b>	
<b>Ziele und Unterziele</b>	<b>Indikatoren</b> <i>(mit den internationalen Organisationen, die für die Datenerhebung zuständig sind, in Klammern und in kursiver Schrift)</i>
<b>Ziel 6: Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten</b>	
<b>Unterziel 7:</b> Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/AIDS zum Stillstand bzw. allmählich zur Umkehr bringen	<p>18. HIV-Prävalenz bei Schwangeren zwischen 15 und 24 Jahren (<i>UNAIDS / WHO / UNICEF</i>)</p> <p>19. Anteil derjenigen, die ein Kondom benutzen, an allen, die überhaupt verhüten (<i>UNAIDS / UNICEF / WHO</i>)</p> <p>19a. Kondombenutzung beim letzten, risikoreichen Geschlechtsverkehr (<i>UNICEF / WHO</i>)</p> <p>19b. Prozentsatz der 15- bis 24-Jährigen mit umfassenden korrekten Kenntnissen über HIV/AIDS (<i>UNICEF / WHO</i>)</p> <p>20. Schulbesuchsquote von Waisen im Verhältnis zu Nichtwaisen bei den 10- bis 14-Jährigen (<i>UNAIDS / WHO / UNICEF</i>)</p>
<b>Unterziel 8:</b> Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bzw. allmählich zur Umkehr bringen	<p>21. Malariaprävalenz und Malaria-bedingte Sterblichkeit (<i>WHO</i>)</p> <p>22. Anteil der Bevölkerung in malariagefährdeten Gebieten, die wirksame Maßnahmen zur Verhütung bzw. Bekämpfung von Malaria ergreift (<i>UNICEF / WHO</i>)</p> <p>22a. Anteil der Kinder unter 5 Jahren, die unter Moskitonetzen schlafen (<i>UNICEF / WHO</i>)</p> <p>23. Tuberkuloseprävalenz und Tuberkulose-bedingte Sterblichkeit (<i>WHO</i>)</p> <p>24. Anteil der diagnostizierten und mit Hilfe der direkten überwachten Kurzzeittherapie <i>Directly Observed Treatment Short Course</i> (DOTS) geheilten Tuberkulosefälle (<i>WHO</i>)</p>
<b>Ziel 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit</b>	
<b>Unterziel 9:</b> Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme einbauen und den Verlust von Umweltressourcen umkehren	<p>25. Anteil der waldbedeckten Flächen an der Landfläche (<i>FAO</i>)</p> <p>26. Verhältnis der geschützten Flächen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt zur gesamten Landfläche (<i>UNEP / IUCN</i>)</p> <p>27. Energieeffizienz: Energieverbrauch in Kilogramm Erdöl-äquivalent pro US \$ Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftparitäten (<i>IEA / Weltbank</i>)</p> <p>28. Kohlendioxid ausstoß pro Kopf (<i>UNFCCC / UNSD</i>)</p> <p>28a. Verbrauch von ozonabbauenden Fluorchlorkohlenwasserstoffen in Tonnen (<i>UNEP</i>) <i>(2002 auf dem World Summit on Sustainable Development in Johannesburg aufgenommen)</i></p> <p>29. Anteil der Bevölkerung, der feste Brennstoffe nutzt (<i>WHO</i>) <i>(2002 auf dem World Summit on Sustainable Development in Johannesburg aufgenommen)</i></p>
<b>Unterziel 10:</b> Zwischen 1990 und 2015 den Anteil derer, die keinen Zugang zu sicherem Trinkwasser haben, halbieren	<p>30. Anteil der städtischen bzw. ländlichen Bevölkerung, der nachhaltig Zugang zu aufbereitetem Wasser hat (<i>UNICEF / WHO</i>)</p> <p>31. Anteil der städtischen bzw. ländlichen Bevölkerung, der nachhaltig Zugang zu Sanitärversorgung hat (<i>UNICEF / WHO</i>) <i>(2002 auf dem World Summit on Sustainable Development in Johannesburg zusätzlich aufgenommen)</i></p>

<b>(Forts. Übersicht 4: Die MDGs mit ihren Unterzielen und Indikatoren)</b>	
<b>Ziele und Unterziele</b>	<b>Indikatoren</b> <i>(mit den internationalen Organisationen, die für die Datenerhebung zuständig sind, in Klammern und in kursiver Schrift)</i>
<b>Ziel 7 (Fortsetzung)</b>	
<b>Unterziel 11:</b> Bis 2020 die Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern deutlich verbessern	<b>32.</b> Anteil der Haushalte mit sicheren Nutzungs- und Besitzrechten ( <i>UN-HABITAT</i> )
<b>Ziel 8: Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft</b>	
<b>Unterziel 12:</b> Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln <i>(Dies schließt die Verpflichtung zu guter Regierungsführung, Entwicklung und Armutsminderung auf nationaler und internationaler Ebene mit ein)</i>	<b>Entwicklungshilfe:</b> <b>33.</b> ODA, insgesamt und für die am wenigsten entwickelten Länder, als prozentualer Anteil am Bruttonationaleinkommen der Geber, die dem OECD/DAC angehören ( <i>OECD</i> ) <b>34.</b> Anteil der gesamten bilateralen, sektoral aufschlüsselbaren öffentlichen Entwicklungshilfe der OECD/DAC-Geber für die soziale Grundversorgung (Grundbildung, Basisgesundheitsversorgung, Ernährung, sauberes Wasser und Sanitärversorgung) ( <i>OECD</i> ) <b>35.</b> Anteil der ungebundenen bilateralen öffentlichen Entwicklungshilfe der OECD/DAC-Geber ( <i>OECD</i> ) <b>36.</b> Von Binnenländern empfangene öffentliche Entwicklungshilfe als Anteil an ihrem Bruttonationaleinkommen ( <i>OECD</i> ) <b>37.</b> Von kleinen Inselentwicklungsländern empfangene öffentliche Entwicklungshilfe als Anteil an ihrem Bruttonationaleinkommen ( <i>OECD</i> )
<b>Unterziel 13:</b> Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder Rechnung tragen <i>(Hierzu gehören der zoll- und quotenfreie Marktzugang für die Exportgüter der am wenigsten entwickelten Länder, erweiterte Schuldenerleichterungsprogramme für die hochverschuldeten, armen Länder (HIPC), die Streichung der bilateralen öffentlichen Schulden sowie die Gewährung großzügiger öffentlicher Entwicklungshilfe für Länder, die sich zur Armutsbekämpfung verpflichten)</i>	<b>Zugang zu Märkten:</b> <b>38.</b> Anteil der zollfreien Gesamtimporte der entwickelten Länder (nach Wert und unter Ausschluss von Waffen) aus den Entwicklungsländern und den am wenigsten entwickelten Ländern ( <i>UNCTAD / WTO / Weltbank</i> ) <b>39.</b> Von den entwickelten Ländern erhobene Durchschnittszölle für Agrarprodukte, Textilien und Kleidung aus den Entwicklungsländern ( <i>UNCTAD / WTO / Weltbank</i> ) <b>40.</b> Geschätzte Agrarsubventionen in den OECD-Ländern als prozentualer Anteil an ihrem Bruttoinlandsprodukt ( <i>OECD</i> ) <b>41.</b> Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe, die für den Aufbau der Handelskapazität gewährt wird ( <i>OECD / WTO</i> )
<b>Unterziel 14:</b> Den besonderen Bedürfnissen der Binnen- und kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen <i>(u.a. durch das Programme of Action for the Sustainable Development of Small Island Developing States sowie das outcome of the twenty-second special session of the General Assembly)</i>	<b>Schuldentragfähigkeit</b> <b>42.</b> Gesamtzahl der Länder, die den Entscheidungs- und den Erfüllungszeitpunkt im Rahmen der Schuldeninitiative für die hochverschuldeten armen Länder (HIPC) erreicht haben (kumulativ) ( <i>IMF / Weltbank</i> ) <b>43.</b> Mittelbindungen für Schuldenerleichterung im Rahmen der HIPC-Schuldeninitiative ( <i>IMF / Weltbank</i> ) <b>44.</b> Schuldendienst als Prozentwert der Güter- und Dienstleistungsausfuhren ( <i>IMF / Weltbank</i> )
<b>Unterziel 15:</b> Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer durch Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene umfassend angehen und so die Schulden langfristig tragbar werden lassen	

<b>(Forts. Übersicht 4: Die MDGs mit ihren Unterzielen und Indikatoren)</b>	
<b>Ziele und Unterziele</b>	<b>Indikatoren</b> (mit den internationalen Organisationen, die für die Datenerhebung zuständig sind, in Klammern und in kursiver Schrift)
<b>Ziel 8 (Fortsetzung)</b>	
<b>Unterziel 16:</b> In Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern Strategien zur Beschaffung menschenwürdiger und produktiver Arbeit für junge Menschen erarbeiten und umsetzen	<b>45.</b> Arbeitslosenquote bei den 15- bis 24-Jährigen nach Geschlecht und insgesamt ( <i>ILO</i> ) (Ein besserer Indikator für das Unterziel 16 soll von der <i>International Labour Organization</i> entwickelt werden).
<b>Unterziel 17:</b> In Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen unentbehrliche Arzneimittel in den Entwicklungsländern verfügbar machen	<b>46.</b> Anteil der Bevölkerung mit dauerhaftem Zugang zu erschwinglichen unentbehrlichen Arzneimitteln ( <i>WHO</i> )
<b>Unterziel 18:</b> In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können	<b>47.</b> Telefonanschlüsse (Fest- und Mobilnetz) je 100 Einwohner ( <i>ITU</i> ) <b>48.</b> Computer- und Internetzugang ( <i>ITU</i> ) <b>48a.</b> Genutzte Personalcomputer je 100 Personen ( <i>ITU</i> ) <b>48b.</b> Internetnutzer je 100 Personen ( <i>ITU</i> )
Quelle: deutsche Übersetzung gemäß BMZ (2005c, 12 f.)	

Im September 2000 fand dann der Millenniumsgipfel statt, bei dem die *Millennium Declaration* verabschiedet wurde. Sie besteht aus acht Kapiteln: Das erste hat den Charakter einer Präambel, alle anderen sind programmatischer Natur. Vier Kapitel widmen sich den Bereichen „Frieden, Sicherheit und Abrüstung“ (Kapitel 2), „Entwicklung und Armutsbekämpfung“ (Kapitel 3), „Schutz der gemeinsamen Umwelt“ (Kapitel 4) sowie „Menschenrechte, Demokratie und good governance“ (Kapitel 5). Kapitel 6 beschäftigt sich mit sozialen Gruppen, die besonders großen Risiken ausgesetzt sind („*the vulnerable*“), Kapitel 7 mit den speziellen Problemen Afrikas und Kapitel 8 mit der Reform der Vereinten Nationen selbst (UN/General Assembly 2000a).

In den Kapiteln 3 und 4 greift die *Millennium Declaration* die *International Development Goals* der OECD/DAC-Resolution von 1996 fast wörtlich auf. Lediglich das Ziel, den Zugang aller Menschen zu reproduktiven Gesundheitsdienstleistungen zu verbessern, wurde in der *Millennium Declaration* wegen des massiven Widerstands der USA nicht übernommen. Stattdessen kam als Ziel hinzu, einer weiteren Ausbreitung von HIV/Aids, Malaria und anderen gravierenden Krankheiten Einhalt zu gebieten (UN/General Assembly 2000a).

Die MDGs wiederum sind fast ausschließlich eben diesen beiden Kapiteln, 3 (*Entwicklung und Armutsbekämpfung*) und 4 (*Schutz der gemeinsamen Umwelt*), entnommen. Dies liegt natürlich auch daran, dass sich die meisten der in Kapitel 5 (*Frieden, Sicherheit und Abrüstung*) und Kapitel 6 (*Menschenrechte, Demokratie und good governance*) aufgeführten Ziele nur schwer operationalisieren lassen. Hierbei handelt es sich bspw. um die Forderung, dass die

globalen Drogenprobleme bekämpft werden, alle Länder der Welt Anstrengungen zur Verbesserung der Pressefreiheit unternehmen und der Handel mit Kleinwaffen eingeschränkt wird.

2002 wurden die MDGs sowohl auf der *International Conference on Financing for Development* in Monterrey (Mexiko) als auch auf dem *World Summit on Sustainable Development* in Johannesburg bestätigt. Zudem wurde MDG 7 um zwei Unterziele und mehrere Indikatoren erweitert (Deutschland 2004, 20; BMZ 2004b; Radke 2002).

Im September 2005 fand schließlich der sog. *Millennium+5* bzw. *World Summit* zu Beginn der 60. VN-Generalversammlung statt. Fünf Jahre nach der Verabschiedung sollte bei diesem Treffen, das offiziell immer nur *High-level Plenary Meeting* genannt wurde, eine erste Bilanz über die Umsetzung der MDGs gezogen werden.

Doch es kam anders. Der Irak-Krieg hatte gezeigt, wie dringlich eine institutionelle Reform der VN war. Zudem erkannte VN-Generalsekretär Kofi Annan, wie sehr sich die Wahrnehmungen der USA und der Entwicklungsländer von den zentralen Weltproblemen nach den Anschlägen vom 11. September 2001 auseinander entwickelt hatten. Während die Entwicklungsländer unter Hunger, Armut und Schulden litten, sorgten sich die USA v.a. um den internationalen Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Daher setzte Annan neben dem Themenkomplex Entwicklung und Armutsbekämpfung noch drei weitere Themen auf die Agenda des *Millennium+5*-Gipfels: (i) Frieden und kollektive Sicherheit, (ii) Menschenrechte und Demokratie sowie (iii) die Reform der VN.

Mit seinem Bericht "*In Larger Freedom*" legte Kofi Annan im März 2005 einen programmatischen Entwurf für das Ergebnis des Gipfels vor (UN/General Assembly 2005a). Darin schnürte er ein Paket, das eine Bestätigung und Ausweitung der MDG-Agenda sowie konkrete Zusagen der Industrieländer über eine deutliche Steigerung ihrer Entwicklungshilfe, einen Schuldenerlass für die ärmsten Länder und Maßnahmen für eine gerechtere Welthandelsordnung enthielt, aber auch Beschlüsse zur Terrorismusbekämpfung, zum Schutz der Menschenrechte, zur Förderung der Demokratie und zur Abrüstung vorsah. Hinzu kamen Maßnahmen zur Stärkung der VN. Annan wollte den 60. Geburtstag der VN nutzen, um moralischen Druck auszuüben und die Mitgliedstaaten zu weltpolitischen Weichenstellungen zu bewegen.

Doch die Rechnung ging nicht auf. Je näher der Gipfel rückte, umso weniger wurde über die MDGs gesprochen, während die anderen Themen in den Vordergrund traten. Zuerst meldeten einige Entwicklungsländer (u.a. China, Algerien und Pakistan) Bedenken gegen Maßnahmen in den Bereichen Terrorismus, Menschenrechte und Demokratie an. Dann, nur drei Wochen vor dem Gipfel, meldeten die USA mehrere Änderungswünsche für den vorbereiteten Text der Abschlussresolution an. Dies kam nicht unerwartet, wohl aber ungewöhnlich spät, so dass nur noch wenig Zeit blieb, um über die kritischen Punkte zu verhandeln. So kam es, dass über die Umsetzung der MDGs fast gar nicht mehr gesprochen werden konnte.

Am Ende konnte ein vollständiges Scheitern des Gipfels verhindert werden. Trotz deutlicher Meinungsunterschiede und zäher Verhandlungen konnten sich die Mitglieder der VN auf ein Abschlussdokument verständigen, das neben unzähligen unkonkreten Zielvorgaben, unverbindlichen Absichtserklärungen und der Bekräftigung von bereits in der Vergangenheit getroffenen Beschlüssen auch einige sehr wichtige Entschlüsse enthält. Dies gilt v.a. für den entwicklungspolitischen Bereich und die MDGs (vgl. Übersicht 5).

<b>Übersicht 5: Bilanz des Millennium+5 Gipfels im September 2005</b>	
<b>Dies wurde erreicht:</b>	<b>Dies wurde <i>nicht</i> erreicht:</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>– Millenniumserklärung, Monterrey-Konsens und MDGs werden bekräftigt (MDGs 2,3,5 und 7 sogar explizit genannt)</li> <li>– Erweiterung von MDG3 um mehrere ökonomische und rechtliche Aspekte: Erbe, Eigentum, Landtitel, Wohnung, Erwerbsmöglichkeiten, Schutz am Arbeitsplatz, soziale Sicherheit, Zugang zu Technologie</li> <li>– zusätzliche Ziele: (i) faire Globalisierung, (ii) reproduktive Gesundheit</li> <li>– alle Länder sollen spätestens 2006 eine MDG-Umsetzungsstrategie erarbeiten</li> <li>– <i>quick impact initiatives</i> werden ergriffen (z.B. Moskitonetze, lokal produzierte Schulspeisungen, grüne Revolution in Afrika, Erlass der Gebühren für Grundbildung)</li> <li>– Aufbau von weltweiten Frühwarnsystemen für Naturkatastrophen</li> <li>– Absichtserklärungen für (i) umweltfreundlichere Energien, (ii) nachhaltigeres Management von Wäldern, Seen und Meeren und (iii) sorgfältigeren Umgang mit gefährlichen Abfällen</li> <li>– EL sollen beim Wassermanagement, bei der Umsetzung von Umweltkonventionen und beim Zugang zu Umwelttechnologien unterstützt werden</li> <li>– Aufbau neuer <i>peace building</i>-Institutionen</li> <li>– Fonds zur Demokratieförderung in Entwicklungsländern</li> <li>– Verdoppelung des Budgets des VN-Hochkommissars für Menschenrechte</li> <li>– Ablösung der Menschenrechtskommission durch einen Menschenrechtsrat (Ausgestaltung noch unklar)</li> <li>– Absage an Relativierung der Menschenrechte aufgrund von religiösen oder kulturellen Besonderheiten</li> <li>– Verantwortlichkeit der Staatengemeinschaft, die Zivilbevölkerung eines Landes vor Völkermord und ähnlichen Verbrechen zu schützen, wenn die Regierung dieses Landes hierzu nicht bereit oder in der Lage ist</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– explizite Nennung von MDGs 1 und 8</li> <li>– verbindliche internationale Beschlüsse über eine Steigerung der Entwicklungshilfe bzw. Entschuldung von Entwicklungsländern (über die Beschlüsse der Europäischen Union bzw. der G8 in Gleneagles hinaus)</li> <li>– Einführung innovativer Finanzierungsinstrumente</li> <li>– verbindliche Zusagen über entwicklungsfriendlichere Welthandelsordnung</li> <li>– Aussagen zur Reform der <i>Bretton Woods</i>-Institutionen</li> <li>– größere Bedeutung der VN in der Entwicklungspolitik</li> <li>– Maßnahmen zur Umsetzung der Agenda 21 bzw. des Aktionsplans von Johannesburg</li> <li>– Maßnahmen zur Verbesserung des Klimaschutzes bzw. für andere umweltpolitische Ziele</li> <li>– Maßnahmen gegen die weitere Verbreitung von Massenvernichtungswaffen</li> <li>– Vereinbarungen über Abrüstung bzw. einen Verzicht auf Atomwaffentests</li> <li>– Absage an unilateralen Präventivkrieg</li> <li>– einheitliche Definition von Terrorismus</li> <li>– Reform der VN-Generalversammlung</li> <li>– Erweiterung des VN-Sicherheitsrats</li> <li>– Reform des ECOSOC</li> <li>– Stärkung des VN-Generalsekretärs</li> <li>– konkrete Beschlüsse über eine Ausweitung der Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und Parlamenten</li> </ul>
Quelle: eigener Entwurf in Anlehnung an Fues / Loewe (2005)	

Ganz zentral ist natürlich die Bekräftigung der MDGs als dem übergreifenden Handlungsrahmen für die internationale Entwicklungspolitik. Die USA, die jede Erwähnung der MDGs zunächst kategorisch abgelehnt hatten, lenkten am Ende ein und bekannten sich erstmals offiziell zu dem globalen Zielsystem. Darüber hinaus setzte sich die Staatengemeinschaft zwei neue, zusätzliche Ziele: (i) eine gerechte Globalisierung sowie (ii) das universelle Recht auf Zugang zu Maßnahmen, die der reproduktiven Gesundheit dienen. Erst sehr spät konnten sich die USA dazu durchringen, dieses letzte Ziel zu akzeptieren, obwohl es bereits in der Liste der *International Development Goals* von 1995 enthalten gewesen war.

Beinahe ebenso wichtig ist der Beschluss, dass alle Entwicklungsländer bis 2006 nationale MDG-Umsetzungsstrategien erarbeiten sollen. Er impliziert, dass die MDGs nicht nur global, sondern auch national gelten, i.e. bis 2015 auch von jedem einzelnen Land erreicht werden sollen. Zudem wurden einige Elemente des MDG-Umsetzungsplans „*In die Entwicklung investieren*“ von Jeffrey Sachs (2005) übernommen wie z.B. die Verteilung von Malaria- und Moskitonetzen, die Abschaffung der Gebühren für Grundbildung und Basisgesundheitsdienste, Schulspeisungen aus lokaler Produktion sowie die Überwindung des Hungers in Afrika durch eine „grüne Revolution“. Bestätigt wurde auch der jüngste Beschluss der G8 in Gleneagles, spätestens 2010 zusätzliche 50 Mrd. US \$ jährlich für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig wurde, im Sinne einer wechselseitigen Partnerschaft, die Verantwortung der Entwicklungsländer unterstrichen, für gute Regierungsführung, Einhaltung der Menschenrechte, Rechtssicherheit, Partizipation und entwicklungsfreundliche Rahmenbedingungen im Wirtschaftsbereich zu sorgen.

### 3 Bedeutung der *Millennium Declaration*

Der Millenniumsgipfel im Jahre 2000 und die vorangegangenen Weltkonferenzen zu unterschiedlichen Themenfeldern der sozialen und ökologischen Entwicklung haben die internationale Entwicklungsdebatte nachhaltig geprägt. Dieser Paradigmenwechsel lässt sich mit sechs Stichworten beschreiben:

1. *Herstellung eines neuen Entwicklungskonsenses*: Im Laufe der 1990er Jahre näherten sich die *Bretton Woods*-Institutionen (Internationaler Währungsfonds und Weltbank) und das System der VN in ihren grundlegenden Positionen einander wieder an. Dadurch wurde ein neuer Entwicklungskonsens – der, „*post-Washington-consensus*“ – etabliert, dessen Zielsystem von der *Millennium Declaration* und den MDGs beschrieben wird. In Mittelpunkt dieses Zielsystems steht die Bekämpfung von Armut in all ihren Dimensionen, die als „inakzeptables, globales Problem“ bezeichnet wird.

2. *Nachhaltige menschliche Entwicklung an Stelle von Wachstumsfokussierung*: Kennzeichnend für den neuen Entwicklungskonsens ist ein umfassenderer Armutsbegriff, der den Mangel an Humankapital (Bildung, Gesundheit), an politischen Rechten (Partizipationsmöglichkeiten, Bürgerrechte, Transparenz von Verwaltung und Justiz etc.) sowie an Möglichkeiten des Risikomanagements (soziale Sicherung) einbezieht. Zudem wird der Nachhaltigkeit von Entwicklung in ihrer ökologischen, sozialen und ökonomischen Dimension größere Bedeutung beigemessen als in der Vergangenheit. Dementsprechend setzen nationale und internationale Entwicklungsstrategien seit Mitte der 1990er Jahre vermehrt bei der Förderung von Demokratie und *good governance*, dem Auf- und Ausbau von Systemen der sozialen Sicherung und der Verbesserung des Umwelt- und Ressourcenschutzes an und achten auf Partizipa-

tion und *gender mainstreaming*. Nach wie vor gilt eine liberale, an Wettbewerb und Chancengleichheit orientierte Wirtschaftsordnung als zentrale Voraussetzung für Entwicklung und Armutsbekämpfung, zugleich wird aber auch betont, dass Wettbewerb und Chancengleichheit oftmals nur durch gezielte Interventionen des Staates aufrechterhalten werden können.

3. *Ergebnisorientierung*: Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit sollen sich am gemeinsamen Ziel der Armutsbekämpfung ausrichten und messen lassen – ebenso aber auch alle anderen außenwirksamen Politiken der Industrieländer. Es kommt nicht in erster Linie darauf an, welche Leistungen (*inputs*) einzelne Akteure erbringen, sondern vielmehr, welche Wirkungen (*impacts*) sie gemeinsam erreichen. Als Indikatoren dienen dabei die MDGs (Radelet 2004).

4. *Kohärenzgebot*: In Anbetracht ihrer knappen verfügbaren Ressourcen muss Entwicklungszusammenarbeit (EZ), damit sie möglichst große Wirkungen erzielen kann, v.a. kohärent sein, i.e. alle relevanten Akteure sollten an einem Strang ziehen und sich dem gemeinsamen Zielsystem unterordnen. Dies hat drei Dimensionen: *Erstens* muss die EZ der Geber kohärent mit ihren anderen außenwirksamen Politiken sein. Bspw. sollte sie nicht durch einen für die Entwicklungsländer schädlichen Kurs in der Handels- oder Agrarpolitik konterkariert werden. *Zweitens* muss EZ unterstützend zur Politik der Partnerländer angelegt sein, jedoch nur dort stattfinden, wo diese die von ihnen selbst formulierten Ziele nicht auch aus eigener Kraft erreichen können (Subsidiaritätsgebot). *Drittens* sollten die Geber untereinander nicht im Wettbewerb um prestigeträchtige Projekte stehen, sondern ihre EZ in den Partnerländern so weit wie möglich koordinieren und harmonisieren (Ashoff 2002; Ashoff 2004; Fues 2005).

5. *Leitbild einer globalen Entwicklungspartnerschaft*: Für das Erreichen der MDGs tragen die Industrie- und die Entwicklungsländer eine gemeinsame Verantwortung. Auf nationaler Ebene steht die Eigenverantwortung des jeweiligen Entwicklungslandes im Vordergrund. Dieses muss dafür sorgen, dass die MDGs 1–7 erreicht werden. Die EZ sollte hierbei nur unterstützend wirken. Daher ist vorgesehen, dass die Entwicklungsländer ihre Entwicklungsprioritäten und -ansätze in einem partizipativen Prozess selber bestimmen und in *Poverty Reduction Strategy Papers* (PRSPs) bzw. nationalen Entwicklungsplänen formulieren. Die Geber sollen sich dann darauf konzentrieren, die Umsetzung dieser Pläne zu unterstützen. Das Ziel besteht darin, dass die Entwicklungsländer aus der Abhängigkeit von EZ befreit und ihre politischen Entscheidungsträger stärker in die Verantwortung genommen werden. Umgekehrt sind für MDG8 – die Gestaltung entwicklungsfördernder globaler Rahmenbedingungen – zuvorderst die ökonomisch dominierenden Industrieländer verantwortlich (Baulch 2004; Deutschland 2004; Radke 2002; Wolff 2004).

6. *Wachsende Beachtung der Zivilgesellschaft als Akteur der Entwicklungspolitik*: Nichtregierungsorganisationen wird in wachsendem Maß eine wichtige Rolle in der Entwicklungspolitik, aber auch eine ernst zu nehmende Stimme in der internationalen Entwicklungsdebatte zuerkannt. Symptomatisch hierfür ist, dass immer mehr Nichtregierungsorganisationen zu den internationalen Konferenzen der 1990er Jahre zumindest als Beobachter eingeladen wurden und dass man ihre Ansichten und Bedenken zur Kenntnis nahm. Auch auf nationaler Ebene haben sie – bspw. bei der Erstellung von PRSPs und MDG-Berichten – eine zunehmende Bedeutung (Donner-Reichle 1995; Jarré 2000; Rodenberg 2001).

#### 4 Bewertung der Millennium Development Goals (MDGs)

Die MDGs bieten große Chancen, bergen aber auch Risiken. Um diese Risiken zu vermeiden, gilt es, die MDGs eher als Orientierungsrahmen denn als starres Korsett zu behandeln und vor Augen zu behalten, dass die Ziele keineswegs alle Dimensionen von Entwicklung abbilden.

**Abbildung 1: Bilanz des Millennium+5 Gipfels im September 2005**

<i>Millennium Declaration:</i>		<i>capabilities (Amartya Sen)</i>
<b>development and poverty eradication</b>	<b>MDG 1: Einkommen</b>	<b>economic capabilities</b>
	<b>MDGs 2–6: Bildung und Gesundheit</b>	
	<b>MDG 7: Umwelt</b>	<b>human capabilities</b>
<b>protecting our common environment</b>	<b>MDG 8: einzelne Aspekte von global governance und governance</b>	<b>political capabilities</b>
<b>peace, security and disarmament</b>	Demokratie und Menschenrechte ?	<b>social capabilities</b>
	Frieden und Sicherheit ?	
<b>human rights, democracy and good governance</b>	soziale Integration ?	<b>protective capabilities (security)</b>
	soziale Sicherheit ?	

Quelle: eigener Entwurf

Insbesondere bestehen folgende Risiken:

*Verengter Entwicklungsbegriff:* Die Millennium Declaration entspringt einem sehr umfassenden Verständnis von Entwicklung und basiert auf einem Armutsbegriff, der nicht nur materielle, sondern auch immaterielle Aspekte beinhaltet (vgl. Abbildung 1). Diese immateriellen Aspekte werden von den MDGs vollkommen unzureichend abgebildet (Satterthwaite 2003). Keiner ihrer Indikatoren misst *political deprivation* (Mangel an Menschen- und Bürgerrechten, Partizipationsmöglichkeiten, Rechtsstaatlichkeit und Transparenz der Verwaltung), *social deprivation* (Ausgrenzung sozialer Gruppen, unzureichende Kohäsion und Integrationskraft der Gesellschaft) oder *vulnerability* (Mangel an sozialer Sicherheit). Somit ist es wichtig, dass die MDGs stets vor dem breiteren Hintergrund der Millennium Declaration betrachtet werden. Eine isolierte Betrachtung der MDGs kann dazu führen, dass u.a. die politische Entwicklung in den Entwicklungsländern (Demokratisierung und *good governance*) oder die Verbesserung der *protective capabilities* ärmerer Bevölkerungsgruppen (durch den Auf- und Ausbau von Instrumenten der sozialen Sicherheit) vernachlässigt werden (Hermle 2005; Martens 2005; Maxwell 2005; Satterthwaite 2003; UN/General Assembly 2005a).

*Masse statt Klasse:* Was für leicht messbare Indikatoren generell gilt, trifft auch auf die MDGs zu. Sie können quantitative, nicht aber qualitative Aspekte von Entwicklung erfassen. So erfasst z.B. MDG 2 nur den Schulbesuch der Kinder im Grundschulalter. Dies kann u.U. dazu führen, dass es gelingt, die Einschulungsquoten zu steigern, die Qualität der vermittelten Bildung aber vernachlässigt wird. Ähnliches gilt für MDG 3, das auf die Gleichstellung der Geschlechter im Schulbereich (sowie mit einigen Indikatoren im politischen System) fokussiert, die Möglichkeit der Frauen im Erwerbsleben sowie ihren rechtlichen Status aber vernachlässigt. Diese Lücke wurde allerdings erkannt und durch das Abschlussdokument des Millennium+5-Gipfels geschlossen. Sie enthält die Forderung, Frauen gleiche Rechte im Erb- und Eigentumsrecht, beim Zugang zu Arbeitsmärkten, Land, Krediten und Technologien, Möglichkeiten der sozialen Absicherung sowie am Arbeitsplatz einzuräumen. Weiterhin erfasst MDG 1 nur einen etwaigen Mangel an Einkommen, es ignoriert, wenn Einkommen generiert wird, jedoch nur unter sehr schlechten Bedingungen. Darum enthält das Abschlussdokument des Millennium+5-Gipfels die Forderung von produktiver und menschenwürdiger Beschäftigung (*decent work*). Auch bei allen anderen Zielen sollte stets darauf geachtet werden, dass auch potenzielle nicht quantifizierbare Defizite bekämpft werden (Martens 2005; Satterthwaite 2004, 9).

*Input- statt Effizienz-Optimierung:* Obwohl die MDGs ein geeignetes Instrument darstellen, um eine stärkere Ergebnisorientierung in der Entwicklungspolitik zu etablieren, fokussiert die internationale Entwicklungsdebatte derzeit – gerade wegen der MDGs – in hohem Maße auf *Inputs*. Zahlreiche Forschungsarbeiten beschäftigen sich mit der Frage, wie stark die *official development assistance* (ODA) der Geber steigen muss, wenn die MDGs bis 2015 erreicht werden sollen. Bspw. wird untersucht, wie viele Schulen gebaut und wie viele Lehrer eingestellt werden müssen, damit allen Jungen und Mädchen eine volle Grundschulbildung absolvieren können. Dabei wird außer Acht gelassen, dass die Umsetzung der MDGs nicht nur von zusätzlicher ODA abhängt, sondern auch von deren effizienter Verwendung, der Absorptionsfähigkeit des jeweiligen Entwicklungslandes, dem sozialpolitischen *commitment* seiner Regierungen, den administrativen und organisatorischen Kapazitäten seiner Institutionen und nicht zuletzt einer größeren Effizienz und Transparenz im EZ-System selbst. Eine Steigerung der ODA ist von allen diesen Faktoren möglicherweise noch nicht einmal der wichtigste (Baulch 2004; Clemens / Kenny / Moss 2004, 4; Fues 2005; Satterthwaite 2004, 12; Wolff 2004).

*Vernachlässigung der Prozess-Dimension:* Zudem wird derzeit viel darüber diskutiert, welche Länder die MDGs wahrscheinlich erreichen und welche nicht. Viel wichtiger wäre es allerdings danach zu fragen, warum bestimmte Länder einzelne MDGs nicht erreichen werden und welche Maßnahmen dagegen ergriffen werden können (Maxwell 2005; Radelet 2004).

*Kurzfristige Planung:* Hiermit hängt ein weiteres Problem eng zusammen. Wenn einzelne Länder ihre Bemühungen ganz darauf ausrichten, die MDGs unter allen Umständen bis 2015 zu erreichen, so besteht die Gefahr, dass dieser Erfolg nicht nachhaltig ist. Bspw. kann die Fixierung auf das Jahr 2015 dazu führen, dass ein Land mehr Lehrer einstellt und deren Gehälter aus ODA-Mitteln bezahlt, um dadurch die Schulbeteiligungsraten zu steigern. Selbst wenn der entsprechende Erfolg eintritt, ist er nicht nachhaltig, da er nicht auf strukturelle Veränderungen zurückgeht. Schließlich stellt sich die Frage, wer die neu eingestellten Lehrer finanziert, wenn das Jahr 2015 vorüber ist. Auch für zahlreiche der auf dem Millennium+5-Gipfel beschlossenen *quick impact initiatives* (z.B. Moskitonetze) könnte die Gefahr bestehen, dass kurzfristige Erfolge nicht nachhaltig sein, weil hierfür eine langfristige Finanzierung sichergestellt sein müsste. Wichtiger als eine fristgerechte Erreichung der MDGs ist daher,

dass die Entwicklungsländer überhaupt Fortschritte in Richtung auf die MDGs machen, deren Nachhaltigkeit aber von vornherein gewährleistet ist.

*Unzureichende Verankerung des Nachhaltigkeitsgedankens:* Generell ist zu kritisieren, dass der Nachhaltigkeitsgedanke, der während der 1990er Jahre in einem mühevollen Prozess auf der Tagesordnung der internationalen Debatte etabliert werden konnte und auch in der *Millennium Declaration* zum Ausdruck kommt, auf der MDG-Agenda wieder in den Hintergrund gerückt ist. Zwar stehen auf der MDG-Agenda auch umweltpolitische Ziele. Diese rangieren aber unter MDG 7 eher am Ende der Liste und werden auch nach der reinen Zahl der Vorgaben von den wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen an den Rand gedrückt (Martens 2005).

Hinzu kommt, dass der Umwelt- und Ressourcenschutz nur eine Komponente von nachhaltiger Entwicklung ist. Mindestens genauso sehr kommt es darauf an, dass die Nachhaltigkeitsidee mit allen ihren ökologischen und ökonomischen Aspekten als handlungsleitendes Prinzip (Querschnittsthema) in allen Bereichen der Entwicklungspolitik verankert wird. Dies bedeutet – vereinfacht ausgedrückt – dass bei der Planung sämtlicher Maßnahmen stets auch die längerfristigen (positiven und negativen) Effekte ins Kalkül einbezogen werden (Hermlle 2005).

*Vernachlässigung von Multikausalitäten:* Weiterhin besteht die Gefahr, dass die MDGs isoliert betrachtet und Maßnahmen zu ihrer Umsetzung jeweils nur in bestimmten Sektoren gesucht werden. Ein großer Verdienst der Weltkonferenzen der 1990er Jahre bestand ja gerade darin, die Interdependenzen zwischen Einkommensarmut, Bildung, Gesundheit, Umweltschutz etc. aufzuzeigen und *cross cutting issues* hervorzuheben. Der Fokus auf ein einzelnes MDG kann bspw. dazu führen, dass die Umsetzung von MDG 4 (Senkung der Müttersterblichkeitsraten) mit der Notwendigkeit von Maßnahmen im Gesundheitssektor gleichgesetzt wird (Wolff 2004).

Dabei zeigen empirische Untersuchungen, dass v.a. gesundheitspolitische Indikatoren weniger von angebotsseitigen Faktoren als von nachfrageseitigen abhängen. In vielen Fällen erbrachte der Bau von Gesundheitsstationen bzw. die Einstellung von medizinischem Personal nicht die erhofften Ergebnisse. Die zusätzlichen Angebote wurden nicht genutzt, weil es der Zielgruppe am erforderlichen Bewusstsein für die Notwendigkeit von Gesundheitsvorsorge (insbesondere bei der Geburt und bei Neugeborenen) mangelte (Clemens / Kenny / Moss 2004, 12f.). Dieses Bewusstsein kann mit gesundheitspolitischen Instrumenten nicht gesteuert werden. Viel stärker korreliert es mit dem ökonomischen Wohlstand der Haushalte und dem Bildungsniveau der Mütter. Die Umsetzung von MDGs 4–6 hängt somit in hohem Maße von Fortschritten bei MDGs 1, 2, 3 und 7 ab.

Ein *working paper* des Internationalen Währungsfonds bekräftigt diese Erkenntnis mit den Ergebnissen einer Regressionsanalyse, die auf Panel-Daten zu 120 Entwicklungsländern beruht.<sup>2</sup> Die Autoren Baldacci et al. (2004) argumentieren, dass höhere Ausgaben für Bildung

---

2 Durch die Regressionsanalyse wird geprüft, welche direkten und indirekten Effekte von unterschiedlichen Arten von Politikwechseln auf (i) die Höhe des Wirtschaftswachstums, (ii) der Anteil der Einkommensarmen an der Bevölkerung, (iii) die Schulbeteiligung von Jungen und Mädchen sowie (iv) die Kindersterblichkeitsrate ausgehen. Als Beispiele für solche Politikwechsel werden herangezogen: (i) die Steigerung der volkswirtschaftlichen Ausgaben für Bildung um 1 % des Bruttoinlandsprodukts, (ii) die Steigerung der volkswirtschaftlichen Ausgaben für Gesundheit um 1 % des Bruttoinlandsprodukts, (iii) die Verringerung

Übersicht 6: Multikausalitäten: Das Beispiel der Kindersterblichkeitsrate				
Intervention	Veränderung der Kindersterblichkeitsziffer bei unterschiedlichen Interventionen			
	Ausgangs-niveau	nach 5 Jahren	nach 10 Jahren	nach 15 Jahren
Steigerung der Gesundheitsausgaben um 1% des Bruttoinlandsprodukts	76,0	73,6	69,9	69,9
Steigerung der Bildungsausgaben um 1% des Bruttoinlandsprodukts		76,0	70,9	64,7
signifikante Verbesserung des Wertes für den zusammengesetzten <i>governance</i> -Indikator der Weltbank		76,0	70,8	69,7
Quelle: Baldacci et al. (2004)				

und Reformen im *governance*-Bereich nicht nur für die Umsetzung von MDG 2 und MDG 8 essenziell sind, sondern auch die effektivsten und effizientesten Ansatzpunkte darstellen, um (i) das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen, (ii) Einkommensarmut und Hunger zu bekämpfen (MDG 1), (iii) einen Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter (MDG 3) zu leisten sowie v.a. (iv) die Kindersterblichkeitsrate (MDG 4) zu senken (vgl. Übersicht 6).

*Unrealistische Erwartungen:* Die laufende Debatte über die Frage, unter welchen Umständen die MDGs erreicht werden können und welche zusätzlichen Finanzmittel hierfür mobilisiert werden müssen, birgt das Risiko, dass unrealistische Erwartungen mit dem Millenniumsprozess verbunden werden. Zahlreiche Entwicklungsländer – insbesondere in Subsahara-Afrika – werden nicht alle MDGs erreichen, selbst wenn die ODA-Zuflüsse noch so sehr ansteigen. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass Entwicklung gerade im sozialen Bereich ein langfristiger und komplexer Prozess ist, bei dem es mehr auf strukturelle Veränderungen als auf die zur Verfügung stehenden Finanzmittel ankommt. Konkrete Ziele zu setzen ist gut, weil dadurch die Motivation und das Engagement der relevanten Akteure steigen. Wenn aber der Eindruck entsteht, dass diese Ziele auch tatsächlich überall erreicht werden können, kann dies gravierende Konsequenzen haben. Wenn sich nämlich 2015 herausstellt, dass die Ziele doch nicht erreicht wurden, so wird die EZ in den Geberländern einen erneuten Glaubwürdigkeitsverlust erleiden und Frustration wird sich breit machen. Die Bürger werden dann noch weniger Verständnis dafür aufbringen, dass ihre Regierungen Steuermittel für entwicklungspolitische Zwecke ausgeben (Clemens / Kenny / Moss 2004, 1 f.).

*Undifferenzierte Bewertung:* Zudem kann ein Nichterreichen der MDGs auch in den Entwicklungsländern unerwünschte Folgen haben. Dies liegt v.a. daran, dass die MDGs allen Ländern die gleichen prozentualen Vorgaben machen. Für Länder, in denen mehr als die Hälfte der Bevölkerung unter absoluter Armut leidet, ist es aber in jedem Fall ungleich schwerer, diesen Anteil zu halbieren, als für Länder, in denen ‚nur‘ jeder Zehnte über weniger als einen US \$ pro Tag verfügt. Dies stellt insofern ein Problem dar, als entwicklungsorientierte Regierungen, die Erfolge vorweisen können, die MDGs aber dennoch nicht erreichen, delegitimiert werden (Clemens / Kenny / Moss 2004, 31; Satterthwaite 2004).

---

der Staatsausgaben um 1 % des Bruttoinlandsprodukts, (iv) die Reduktion der Inflationsrate um 10 Prozentpunkte sowie (v) eine signifikante Verbesserung der *governance*-Indikatoren, vgl. Baldacci et al. (2004).

*Planung und Evaluierung auf der Basis unvollständiger oder irrelevanter Daten:* Schließlich besteht die Gefahr, dass das Erreichen der MDGs ausschließlich an den hierfür vorgesehenen Indikatoren festgemacht wird. Dies wäre in mehrfacher Hinsicht problematisch:

- Einige Indikatoren sind nicht in allen Ländern gleichermaßen aussagekräftig. So gibt es z.B. in den meisten arabischen Ländern schon seit Jahrhunderten keine großen Waldflächen mehr. Indikator 25 der MDG-Agenda ist somit für diese Weltregion weitgehend irrelevant.
- Auch messen die MDG-Indikatoren Ergebnisse auf ganz unterschiedlichen Ebenen. Für MDGs 4–6 sind *impact*-Indikatoren vorgesehen (u.a. die Kinder- und Müttersterblichkeitsrate), die tatsächlich sehr viel über den Gesundheitszustand der Bevölkerung aussagen. Andere Indikatoren hingegen – wie z.B. Schulbeteiligungs- und Schulabschlussquoten – messen *outputs*. Mit ihrer Hilfe lassen sich keine Aussagen über *outcomes* treffen, weil sie die Qualität der vermittelten Bildung nicht erfassen. Erst recht lassen sie offen, welche *impacts* die Bildung erzielt, die u.a. darin bestehen können, dass die Beschäftigungs- und Verdienstchancen von Schulabsolventen höher liegen, dass diese ihre Rechte leichter wahrnehmen und dadurch ein selbstbestimmtes Leben führen können oder dass Bildung als solche ein wie auch immer geartetes Glück im Leben ermöglicht. Einige der umweltpolitischen Indikatoren schließlich sind reine *input*-Faktoren wie z.B. der Anteil der als Naturschutzgebiet ausgewiesenen Landfläche.
- Zudem ist die Datenlage bei zahlreichen Indikatoren ausgesprochen lückenhaft. Insbesondere für das Basisjahr 1990, auf das sich die meisten Ziele beziehen, liegen für die Indikatoren von MDGs 1, 5, 6 und 7 zahlreiche Werte nicht vor.

Alle diese Risiken lassen sich beherrschen. Dies setzt allerdings voraus, dass man sich ihrer bewusst ist und entsprechend mit der MDG-Agenda umgeht. Ob von dieser ausschließlich positive oder aber auch negative Effekte auf die globale Entwicklung ausgehen, hängt in erster Linie davon ab, wie sie in den nächsten Jahren von der Weltgemeinschaft interpretiert wird:

*“The MDGs might be better viewed not as realistic targets but as reminders of the stark contrast between the world we want and the world we have, and a call to redouble our search for interventions to close the gap.” (Clemens / Kenny / Moss 2004, 1).*

Auf keinen Fall sollten die großen Chancen verspielt werden, die dadurch entstehen, dass mit den MDGs erstmals ein von allen relevanten Akteuren anerkanntes Zielsystem existiert:

*Synergien, Harmonisierung und Kontinuität:* Mit den MDGs besteht erstmals ein *einheitliches Zielsystem* für alle Akteure in der Entwicklungspolitik, dem Entwicklungsländer, Geberländer und internationale Organisationen gleichermaßen zugestimmt haben und das sich somit als Grundlage einer globalen Entwicklungspartnerschaft eignet. Dieses Zielsystem ist der gemeinsame Referenzrahmen, an dem sich alle relevanten Akteure bei ihren entwicklungspolitischen Anstrengungen orientieren sollten, um diese zu bündeln und besser aufeinander abzustimmen. Dies eröffnet nicht nur die Möglichkeit von Synergieeffekten und einem höheren Grad an Harmonisierung innerhalb der Gebergemeinschaft, sondern auch die Hoffnung auf eine größere Kontinuität in der internationalen Entwicklungspolitik – zumindest bis 2015 (BMZ 2004b).

*Ergebnisorientierung:* Dass die MDGs *messbar* und *mit einem Termin verbunden* sind, ist ein weiterer Vorteil, weil es dadurch zu einer stärkeren Ausrichtung der EZ an Wirkungen kommen kann. Für das Erreichen der MDGs ist es sekundär, welchen *input* ein einzelner Geber

(bzw. die gesamte Gebergemeinschaft) geleistet hat. 2015 wird es nur noch darauf ankommen, welche Wirkungen (*impacts*) sämtliche relevanten Akteure gemeinsam haben erzielen können (Maxwell 2005; Radelet 2004; UNSD 2004).

*Interesse und Zustimmung der Öffentlichkeit:* Hinzu kommt, dass die MDGs leicht verständlich, eingängig und lebensnah sind. Sie sind daher gut dafür geeignet, die Bevölkerung der Geberländer wieder auf die Probleme der Entwicklungsländer (die ja in Wirklichkeit Weltprobleme sind) aufmerksam zu machen und für entwicklungspolitische Ziele zu interessieren. Möglicherweise tragen sie dadurch auch zu einer größeren Zustimmung der Öffentlichkeit für das entwicklungspolitische Engagement der Geberregierungen bei.

*Mobilisierung von Energien und Ressourcen:* Schließlich ist hiermit die Hoffnung verbunden, dass internationalen Ziele alle relevanten Akteure – i.e. die Regierungen der Entwicklungsländer, den Privatsektor, die Zivilgesellschaft und die Geberländer – mobilisieren und dazu motivieren, zusätzliche Ressourcen aufzuwenden und größere Anstrengungen zu unternehmen als bisher, um Einkommensarmut, Hunger, Analphabetismus und Krankheiten zu bekämpfen (Vandemoortele 2004).

Zwischen 2000 und 2003 ist die gesamte ODA weltweit bereits von 52 auf 69 Mrd. US \$ in konstanten Preisen, i.e. um real 10 % pro Jahr, gestiegen (Herfkens 2005) und die Ankündigungen der Europäischen Union (EU) und der G8 im Frühjahr 2005 wecken ebenfalls Optimismus. So verpflichteten sich die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten auf den sog. Stufenplan, nach dem die „alten“ Mitglieder der Union 2010 mindestens 0,51 % und 2015 mindestens 0,70 % ihres Bruttonationaleinkommens auf öffentliche Entwicklungshilfe verwenden müssen, während die Länder, die der EU erst nach 2002 beigetreten sind, ihre öffentliche Entwicklungshilfe bis 2010 auf 0,17 % und bis 2015 auf 0,33 % des Bruttonationaleinkommens steigern müssen. Dies kommt einer Steigerung der Entwicklungshilfeleistungen um 50 Mrd. US \$ jährlich ab 2010 gleich. Genau diese Summe versprach die G8 den Entwicklungsländern wenige Wochen später bei ihrem Gipfeltreffen in Gleneagles (Schottland). Weiterhin legte sie sich darauf fest, mindestens die Hälfte der zusätzlichen Hilfszahlungen den Ländern in Subsahara-Afrika zukommen zu lassen (Fues / Loewe 2005).

## 5 Der Millenniumsprozess

Dass der *Millennium Declaration* eine andere Qualität beigemessen wird als früheren Erklärungen und Selbstverpflichtungen, zeigt sich auch am hohen Grad der Institutionalisierung des *follow up*. So hat das VN-System ein vergleichsweise breit gefächertes Instrumentarium entwickelt, um den sog. Millenniumsprozess auf nationaler und internationaler Ebene voran zu treiben, i.e. (i) das Bewusstsein der politischen Entscheidungsträger und der Öffentlichkeit für die MDGs zu schärfen, (ii) einen Diskussionsprozess über notwendige Maßnahmen zur Umsetzung der MDGs in Gang zu bringen und (iii) den Grad der Umsetzung zu messen bzw. Hindernisse der Zielerreichung zu identifizieren und aus dem Weg zu räumen.

Nach dem Millennium+5-Gipfel im September 2005 wird dieser Prozess auf globaler Ebene v.a. von drei Instrumenten getragen:

- dem jährlichen Bericht des VN-Generalsekretärs über die Umsetzung der MDGs,

- der *Millennium Campaign*, einer Organisationseinheit unter der Leitung von Evelyn Herfkens, die v.a. dafür zuständig ist, bei allen relevanten Akteuren sowie in der Öffentlichkeit das Bewusstsein für die MDGs zu schärfen,
- dem *Millennium Project*, einer Arbeitsgruppe von Wissenschaftlern und Fachleuten unter der Leitung von Jeffrey Sachs (2005), die dem VN-Generalsekretär unmittelbar unterstellt ist; Anfang 2005 stellte sie ihren Bericht „*In die Entwicklung investieren*“ vor, in dem Erkenntnisse über *best practice* bei der Umsetzung der MDGs aufbereitet wurden; bis Ende 2006 soll das *Millennium Project* bestehen bleiben und Entwicklungsländer beratend beim Verfolgen der MDGs unterstützen.

Auf der Ebene der einzelnen Länder sind die nationalen MDG-Berichte (*MDG country reports*) bislang das wichtigste Instrument, um die MDGs bekannt zu machen, Bewusstsein für sie zu schaffen, die staatliche Politik zu ihrer Umsetzung zu bewegen, den Stand der Zielerreichung zu verfolgen, Defizite zu identifizieren und Lösungen zur Überwindung dieser Defizite zu finden: Ähnlich wie PRSPs sollen die nationalen MDG-Berichte in einem partizipativen Prozess in regelmäßigen Abständen (i.e. im Idealfall jährlich) von den Regierungen der VN-Mitgliedsstaaten in Kooperation mit der Zivilgesellschaft und dem privaten Sektor entwickelt und formuliert werden, wobei allen relevanten Akteure Aufgaben zugewiesen werden und ihr bisheriges Engagement kritisch beleuchtet wird.

Die Bedeutung der nationalen MDG-Berichte ist nicht zu unterschätzen, um

- im nationalstaatlichen Kontext *Bewusstsein für die MDGs* zu schaffen,
- einen nationalen *Konsens* zu etablieren über (i) angemessene Indikatoren zur Messung des Fortschritts bei der MDG-Umsetzung sowie über (ii) handlungsleitende Grundsätze bei der Ausrichtung nationaler Politiken, Pläne und Projekte auf die MDG-Agenda,
- *commitment* und *ownership* für die MDGs sicherzustellen, das von den Regierungen, der Zivilgesellschaft und dem privaten Sektor mitgetragen wird,
- Bezüge zu Strategiepapieren wie z.B. PRSPs herzustellen,
- *zusätzliche* Ressourcen intern und extern zu mobilisieren,
- nationale und internationale *Allianzen zur Umsetzung der MDGs* zu knüpfen und
- v.a. das monitoring und die Evaluierung des Millenniumsprozesses auf nationaler Ebene zu steuern (Vandemoortele 2004).

Beim Millennium+5-Gipfel wurde beschlossen, dass alle Länder „*adopt, by 2006, and implement comprehensive national development strategies to achieve the internationally agreed development goals and objectives, including the Millennium Development Goals.*“ (UN/General Assembly 2005b, §22). Allerdings ist die Rolle dieser nationalen MDG-Umsetzungsstrategien noch nicht genauer definiert worden. Somit ist unklar, (i) in welchem Verhältnis sie zu den *MDG country reports*, zu den PRSPs und zu anderen nationalen Entwicklungsplänen stehen, (ii) ob sie diese Papiere jeweils ablösen, ergänzen oder identisch mit ihnen sind und (iii) wie mit eventuellen Widersprüchen auf der Zielebene oder bei der Auswahl der entwicklungspolitischen Instrumente umgegangen wird.

## 6 Konsequenzen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit

Mit dem Aktionsprogramm 2015 hat Deutschland bereits im Jahr 2001 als eines der ersten Geberländer seine Selbstverpflichtung vom Millenniumsgipfel mit einem nationalen Strategiepapier bestätigt (BMZ 2001a). Es wurde nicht nur vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), sondern von der gesamten Bundesregierung verabschiedet und hat somit verbindliche Gültigkeit für die gesamte außenwirksame Politik Deutschlands (Deutschland 2004, 1). Dies wird auch im Bericht der Bundesregierung an die Europäische Kommission über den deutschen Beitrag zur Umsetzung der MDGs unterstrichen.

In diesem Bericht steht außerdem, „*dass Deutschland die Beschlüsse des Millenniumsgipfels ernst nimmt und umsetzt.*“ (Deutschland 2004, 1). Weiterhin heißt es: „*Die MDGs und die Millenniumserklärung bilden den verbindlichen Orientierungsrahmen für die deutsche Entwicklungspolitik.*“ (Deutschland 2004, 1). Die Bundesregierung leiste „*konkrete Maßnahmen zur Erreichung der MDGs in den betroffenen Ländern und unterstützt Initiativen zur Verbesserung von Rahmenbedingungen für Entwicklung, wie sie durch die Millenniumserklärung gefordert werden.*“ (ibid, 1).

Somit dürfte die größte Herausforderung der nächsten Jahre für die deutsche EZ darin bestehen, den Geist der *Millennium Declaration* und des Aktionsprogramms 2015 auf allen Ebenen der deutschen Politik zu verankern und dabei eine *größere Kohärenz zwischen der Entwicklungspolitik und anderen außenwirksamen Politiken* wie z.B. der Außen-, der Sicherheits-, der Handels-, der Umwelt- und der Agrarpolitik herzustellen. Auch in diesen Bereichen muss zur Bekämpfung der globalen Armut und zur Umsetzung der MDGs beigetragen werden (Ashoff 2002; Gsänger 2002; BMZ 2004b; BMZ 2005a; Deutschland 2004).

Darüber hinaus ergeben sich drei zentrale Konsequenzen aus der MDG-Agenda:

- *Armutsorientierung der EZ:* Die Schwerpunkte, Ansätze und Instrumente der deutschen EZ sind hinsichtlich ihrer MDG-Relevanz zu prüfen. Die Geberländer müssen nicht ihre gesamte EZ auf die MDGs ausrichten. Auch müssen sie nicht zu jedem MDG einen Beitrag leisten. Auch die anderen Ziele in der Millenniumserklärung sind wichtig und dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Auch zum Schutz von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, zu Frieden und kollektiver Sicherheit, zu sozialer Sicherheit sowie zu gesellschaftlicher Integration und Kohäsion kann und sollte deutsche EZ bisweilen einen Beitrag leisten. Vor allem aber muss sie sicherstellen, dass sie in jedem ihrer Partnerländer in der einen oder anderen Weise zur Umsetzung der MDGs beiträgt. Hierzu hat sich Deutschland mehrfach bei unterschiedlichen Gelegenheiten verpflichtet.
- *Wirksamkeit der EZ:* Die MDGs zwingen die Geber dazu, stärker auf die Effizienz und Effektivität ihrer EZ zu achten. Erstens müssen sie schon in der Planungsphase den Mitteleinsatz optimieren. Zweitens werden sie nicht umhin kommen, geeignete Evaluierungssysteme zu entwickeln, mit denen sie die Auswirkungen ihrer EZ auf die Umsetzung der MDGs prüfen können. Drittens müssen sie ihren Beitrag zu MDG8, für das sie die Hauptverantwortung tragen, optimieren – u.a. durch eine Steigerung ihrer ODA, Maßnahmen der Handelsliberalisierung und Entschuldungen. Allerdings sollten sich die Geber dabei auch nicht zu stark auf die exakten Zielvorgaben der MDG-Agenda konzentrieren bzw. auf ein Erreichen der Ziele bis 2015 versteifen. Dies könnte zum ersten zur Folge haben, dass unrealistische Erwartungen geweckt werden, die später niemand erfüllen kann. Zum zweiten kann aber auch die Nachhaltigkeit der Ergebnisse unter der kurzfristigen Perspektive leiden. Eher sollte man die MDGs als übergeordnete Indikatoren für

die Art von Entwicklungen interpretieren, die man anstrebt. Einerseits sind sie ein Referenzrahmen, an dem sich die deutsche EZ ausrichten soll. Andererseits sind sie ein Messsystem, das die Erfolgskontrolle in der EZ transparent macht.

- *Alignment und Geber-Koordination der EZ:* Schließlich führt die Notwendigkeit eines effizienteren Mitteleinsatzes auch dazu, dass sich die Geber stärker an den Prioritäten ihrer Partner sowie an ihren eigenen komparativen Stärken ausrichten müssen. Grundlage ihrer Planungen sollten die Entwicklungsprioritäten der Partnerländer sein: Sie sollten die Entwicklungsländer in den Bereichen unterstützen, die diese selber als vorrangig betrachten, jedoch nicht aus eigener Kraft entwickeln können (Subsidiaritätsprinzip). Zudem müssen sich die Geber stärker als bisher darum bemühen, ihre jeweiligen EZ-Maßnahmen besser zu harmonisieren und in der Weise zu koordinieren, dass jeder Geber die Aufgaben übernimmt, bei deren Ausführung er über komparative Stärken verfügt (Ashoff 2004; BMZ 2004b; BMZ 2005a; Deutschland 2004; Fues 2005; Gsänger 2002; Radke 2002; Wolff 2004).



## Literaturverzeichnis

- Ashoff, G. (2002): Verbesserung der Kohärenz zwischen Entwicklungspolitik und anderen Politiken, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (Analysen und Stellungnahmen 1/2002); online: [http://www.die-gdi.de/die\\_homepage.nsf/56a1abe44ed3dc1256bd9003101ea/6a4ae056eaddf167c1256c69003889f9?OpenDocument](http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/56a1abe44ed3dc1256bd9003101ea/6a4ae056eaddf167c1256c69003889f9?OpenDocument) (Stand: 21.06.2004)
- (2004): Geberkoordinierung: eine wesentliche Voraussetzung für eine effizientere und wirksamere Entwicklungszusammenarbeit, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (Analysen und Stellungnahmen 7/2004); online: [http://www.die-gdi.de/die\\_homepage.nsf/6f3fa777ba64bd9ec12569cb00547f1b/8a5f5aa07c7d6847c1256e1400334014/\\$FILE/A+S%207.2004%20Ashoff.pdf](http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/6f3fa777ba64bd9ec12569cb00547f1b/8a5f5aa07c7d6847c1256e1400334014/$FILE/A+S%207.2004%20Ashoff.pdf) (Stand: 22.11.2004)
- Baldacci, E. et al. (2004): Social Spending, Human Capital, and Growth in Developing Countries: Implications for Achieving the MDGs, Washington, DC: International Monetary Fund (IMF Working Paper WP/04/217); online: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2004/wp04217.pdf> (Stand: 21.01.2005)
- Baulch, B. (2004): Aid distribution and the MDGs, Manchester: Chronic Poverty Research Centre (CPRC Working Paper 48); online: <http://www.chronicpoverty.org/pdfs/48%20Bob%20Baulch.pdf> (Stand: 21.01.2005)
- BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) (2001a): Aktionsprogramm 2015: Armutsbekämpfung – eine globale Aufgabe: Der Beitrag der Bundesregierung zur weltweiten Halbierung extremer Armut, Bonn (BMZ-Materialien 106); online: [http://www.bmz.de/infotehek/fachinformationen/materialien/ap2015\\_kurz.pdf](http://www.bmz.de/infotehek/fachinformationen/materialien/ap2015_kurz.pdf) (Stand 21.06.2004)
- (2001b): Elfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bonn (BMZ-Materialien 111)
- (2004a): Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2004/2005, Bonn
- (2004b): Die Millennium-Entwicklungsziele: Herausforderungen für die deutsche Entwicklungspolitik, Bonn, mimeo
- (2005a): Mehr Wirkung erzielen: Die Ausrichtung der Instrumente und Verfahren der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf die Millennium-Entwicklungsziele, Bonn, mimeo
- (2005b): Deutschland-Memorandum für die DAC Peer Review Deutschland 2005, Bonn, mimeo
- (2005c): Der Beitrag Deutschlands zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele, Bonn (BMZ-Materialien 140)
- Deutschland (2004): Der Bericht der deutschen Bundesregierung zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele, Bonn
- Clemens, M. / Ch. Kenny / T. Moss (2004): The Trouble with the MDGs: Confronting Expectations of Aid and Development Success, Washington, DC: Center for Global Development (Working Paper 40); online: [http://www.cgdev.org/docs/cgd\\_wp040Rev2.pdf](http://www.cgdev.org/docs/cgd_wp040Rev2.pdf) (Stand 13.07.2004)
- Donner-Reichle, C. (1995): Hoffnungsvolle Ansätze auf dem Weltsozialgipfel: Kopenhagen und die NROs, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit: E+Z* 36 (5/6), 124–125
- Eberlei, W. (2000): Paradigmenwechsel in der Armutsbekämpfung. Poverty Reduction Strategies als neues Konzept – auch für das BMZ?, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit: E+Z* 41 (6), 165–168
- El-Masry, I. (2003): Von der Rentenökonomie zur Wissensgesellschaft. Der Arab Human Development Report, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit: E+Z* 44 (12), 471–473
- Fues, T. (2004): Reformagenda 2005: Die Vereinten Nationen an einer historischen Weggabel, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (Analysen und Stellungnahmen 5/2004)
- (2005): Stärkung der Vereinten Nationen durch vertiefte Zusammenarbeit mit NGOs, Privatwirtschaft und Parlamenten, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (Analysen und Stellungnahmen 1/2005)
- Fues, T. / A. Cooper (2005): L20 und ECOSOC-Reform: Komplementäre Bausteine zur Stärkung der Global Governance-Architektur und der Vereinten Nationen, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (Analysen und Stellungnahmen 6/2005)
- Fues, T. / M. Loewe (2005): Zwischen Frustration und Zuversicht: Die entwicklungspolitische Bilanz des Millennium+5-Gipfels, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (Analysen und Stellungnahmen 7/2005)
- Gsänger, H. (1996a): UN-Weltkonferenzen 1990–1996: Globale Lösungsansätze und lokale Umsetzung, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit: E+Z* 37 (12), 324–325

- (1996b): Weltkonferenzen und lokale Umsetzung: Der Weltsozialgipfel und sein Folgeprozess am Beispiel Malawi und Philippinen, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (Berichte und Gutachten 16/1996)
- (2002): Kann das Halbierungsziel extremer Armut bis 2015 erreicht werden? Anforderungen an die deutsche Politik, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, (Analysen und Stellungnahmen 3/2001); online: [http://www.die-gdi.de/die\\_homepage.nsf/0/7EB069F53439986DC1256AD2003108C3/\\$File/Ana-Gs-3-01.pdf?OpenElement](http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/0/7EB069F53439986DC1256AD2003108C3/$File/Ana-Gs-3-01.pdf?OpenElement) (Stand 21.06.2004)
- Herfkens, E.* (2005): Der politische Wille entscheidet: UN-Sonderbeauftragte für die MDGs fordert ein stärkeres Engagement der reichen Länder, in: *INKOTA-Brief* 132, 9–10
- Hermle, R.* (2005): Die Pest der weltweiten Armut besiegen: Ein Plädoyer, sich stärker für die Millenniumsentwicklungsziele zu engagieren, in: *INKOTA-Brief* 132 12–13
- Jarré, D.* (2000): Die Beschlüsse von Kopenhagen und die Rolle der Zivilgesellschaft, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit: E+Z* 41 (6), 169–171
- Krause, M. / T. Fues / M. Loewe* (2005): Weltentwicklungsbericht 2006: Weltbank mutig und innovativ, in: *Zeitschrift Entwicklungspolitik* 19/2005, 8
- Lipton, M. / M. Ravallion* (1995): Poverty and Policy, in: H. Chenery / T.N. Srinivasan (Hrsg.), *Handbook of Development Economics: Vol. 3B*, Amsterdam: North-Holland, 2551–2657
- Loewe, M.* (2004a): New avenues to be opened for social protection in the Arab World: The case of Egypt, in: *International Journal of Social Welfare* 13 (1), 3–14
- (2004b): Politik für die städtischen Mittelschichten: Soziale Sicherung in der arabischen Welt, in: J. Betz / W. Hein (Hrsg.), *Soziale Sicherung in Entwicklungsländern*, Neues Jahrbuch Dritte Welt 2004, Opladen: Leske + Budrich, 147–168
- (2004c): Reform der sozialen Sicherung in den arabischen Ländern: Was die Regierungen tun sollten und wo Entwicklungszusammenarbeit ansetzen kann, in: M. von Hauff / U. Vogt (Hrsg.), *Islamische und westliche Welt: Warum Politik, Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit ihre Kooperationen neu orientieren müssen*, Marburg: Metropolis, 404–434
- (2005a): Relevanz der Millennium Development Goals (MDGs) für die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas sowie für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit dieser Region, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (Studies 9)
- (2005b): Soziale Sicherung und informeller Sektor: Stand der theoretischen Diskussion und kritische Analyse der Situation in den arabischen Ländern unter besonderer Berücksichtigung des Kleinstversicherungsansatzes, Heidelberg: Universität, Dissertation
- (2005c): Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Sicherheit im informellen Sektor: Das Beispiel der arabischen Welt, in: D. Messner / I. Scholz (Hrsg.), *Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik*, Baden-Baden: Nomos, 221–235
- (2005d): Noch ist kein Kurswechsel in Sicht: Der Stand des Millenniumsprozesses in der arabischen Welt – Konsequenzen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, in: *Zeitschrift Entwicklungspolitik* 12/13/2005, 47–49
- Martens, J.* (2005): Das neue Mantra der Entwicklungspolitik: Die Millenniumsentwicklungsziele haben deutliche Schwächen, verschaffen aber dem Thema Entwicklung neue Bedeutung, in: *INKOTA-Brief* 132, 5–9
- Masset, E. / H. White* (2004): Are Chronically Poor People being Left Out of Progress Towards the Millennium development Goals? A quantitative analysis of older people, disabled people and orphans, in: *Journal of Human Development* 5 (2), 279–297
- Maxwell, S.* (2005): The Washington Consensus is dead! Long live the meta-narrative!, London: Overseas Development Institute (ODI Working Paper 243)
- Messner, D. / P. Wolff* (2005): Die Millenniums-Entwicklungsziele – Über den Sachs-Bericht hinausdenken, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (Analysen und Stellungnahmen 5/2005)
- OECD/DAC* (Organisation for Economic Co-operation and Development / Development Assistance Committee) (Hrsg.) (1996): *Shaping the 21st Century: The Contribution of Development Co-operation*, Paris; online: <http://www.oecd.org/dataoecd/23/35/2508761.pdf> (Stand: 21.06.2004)
- (1998): *Methodology Sheets for Development Indicators: Methodological notes and indicator sheets*, Paris; online: <http://www.oecd.org/dataoecd/3/45/1896978.pdf> (19.08.2004)

- (2001): Guidelines on Poverty reduction, Paris; online: <http://www.oecd.org/dataoecd/47/14/2672735.pdf> (Stand: 21.06.2004)
- Radelet, S.* (2004): Aid Effectiveness and the Millennium Development Goals, Washington, DC: Center for Global Development (Working Paper 39); online: <http://www.cgdev.org/Publications/?PubID=108> (Stand: 21.06.2004)
- Radke, D.* (2002): Der Konsens von Monterrey: Die Konferenz Financing for Development, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (Analysen und Stellungnahmen 3/2002); online: [http://www.die-gdi.de/DIE\\_Homepage.nsf/ViewAttach/586BC0DB1A2A2F29C1256BC0004E5992/\\$File/AuS-3-02.pdf?OpenElement](http://www.die-gdi.de/DIE_Homepage.nsf/ViewAttach/586BC0DB1A2A2F29C1256BC0004E5992/$File/AuS-3-02.pdf?OpenElement) (Stand: 21.06.2004)
- Rodenberg, B.* (2001): Von Sektorpapieren zum ganzheitlichen Ansatz deutscher EZ? Zur Berücksichtigung der Querschnittsthemen Partizipation – Armut – Gender in den Schwerpunktstrategiepapieren des BMZ: Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
- (2003): Gender und Armutsbekämpfung: Neuere konzeptionelle Ansätze in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (Berichte und Gutachten 9/2003); online: [http://www.die-gdi.de/die\\_homepage.nsf/6f3fa777ba64bd9ec12569cb00547f1b/fa66ed1ab3b8efd6c1256ce100431e37/\\$FILE/Gender&Armut%20\(151203\).pdf](http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/6f3fa777ba64bd9ec12569cb00547f1b/fa66ed1ab3b8efd6c1256ce100431e37/$FILE/Gender&Armut%20(151203).pdf) (Stand: 21.06.2004)
- Roudi-Fahimi, F.* (2004): Progress Toward the Millennium Development Goals in the Middle East and North Africa, Washington, DC: Population Reference Bureau (PRB) (MENA policy brief); online: <http://www.prb.org/Template.cfm?Section=PRB&template=/ContentManagement/ContentDisplay.cfm&ContentID=10265> (Stand: 21.06.2004)
- Sachs, J.* (2005): Investing in Development: A Practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals, UN Millennium Project, New York
- Satterthwaite, D.* (2003): The Millennium Development Goals and urban poverty reduction: great expectations and nonsense statistics, in: *Environment & Urbanization* 15 (2), 181–190
- (2004): The Millennium Development Goals and Local Processes: Hitting the target or missing the point?, London: International Institute for Environment and Development
- Sen, A.* (1981): Poverty and Famines: An Essay on Entitlement and Deprivation, Oxford: Oxford University Press
- (1999): Development as Freedom, Oxford: Oxford University Press
- UN (United Nations) / General Assembly (2000a): United Nations Millennium Declaration, fifty-fifth session, 8th plenary meeting, 8 September 2000, New York (A/RES/55/2); online: <http://www.un.org/millennium/declaration/ares552e.pdf> (Stand: 05.04.2004)
- (2000b): Official Records, fifty-fifth session, 8th plenary meeting, 8 September 2000, New York (A/55/PV.8); online: <http://ods-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N00/635/61/PDF/N0063561.pdf?OpenElement> (Stand: 12.12.2004)
- (2001): Road Map towards the implementation of the United Nations Millennium Declaration: Report of the Secretary-General, fifty-sixth session, 6 September 2001, New York (A/56/326); online: <http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?OpenAgent&DS=A/56/326&Lang=E> (Stand: 21.06.2004)
- (2005a): In larger freedom: towards development, security and human rights for all: Report of the Secretary-General, fifty-ninth session, 21 March 2005, New York (A/59/2005); online: <http://www.un.org/largerfreedom/contents.htm> (Stand: 27.05.2005)
- (2005b): 2005 World Summit Outcome: Draft resolution referred to the High-level Plenary Meeting of the General Assembly, fifty-ninth session, 20 September 2005, New York (A/60/L.1); online: <http://www.un.org/summit2005/documents.html> (Stand: 10.10.2005)
- UNDP (United Nations Development Programme) (2000): Human Development Report 2000, New York
- UNSD (United Nations Statistics Division) (2004): Millennium Indicators Database, Stand Dezember 2004, New York; online: [http://millenniumindicators.un.org/unsd/mi/mi\\_series\\_results.asp?rowId=553](http://millenniumindicators.un.org/unsd/mi/mi_series_results.asp?rowId=553) (Stand: 10.12.2004)
- Vandemoortele, J.* (2002): Are the MDGs Feasible?, New York: United Nations Development Programme

– (2004): The MDGs and pro-poor policies: Can external partners make a difference?, New York: United Nations Development Programme; online: [http://ctool.gdnet.org/conf\\_docs/Vandemoortele\\_paper.pdf](http://ctool.gdnet.org/conf_docs/Vandemoortele_paper.pdf) (Stand: 21.06.2004)

*Weltbank* (1990): Poverty: World Development Report 1990, Washington, DC

– (2000): Attacking Poverty: World Development Report 2000/ 2001, Washington, DC

*Wolff, P.* (2004): Millenniumsziele – Fokussierung geboten, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit: E+Z* 45 (10), 382 f.

## Publikationen des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik

### Schriften in der Nomos Verlagsgesellschaft

*Neubert, Susanne / Waltina Scheumann / Annette van Edig, / Walter Huppert* (Hrsg.): Integriertes Wasserressourcen-Management (IWRM): Ein Konzept in die Praxis überführen, 314 S., Nomos, Baden-Baden 2004, ISBN 3-8329-1111-1

*Messner, Dirk / Imme Scholz* (Hrsg.): Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik, 410 S., Nomos, Baden-Baden 2004, ISBN 3-8329-1005-0

*Brandt, Hartmut / Uwe Otzen*: Armutorientierte landwirtschaftliche und ländliche Entwicklung, 342 S., Nomos, Baden-Baden 2004, ISBN 3-8329-0555-3

[zu beziehen über den Buchhandel]

### Schriftenreihe im Weltforum Verlag

118 *Ashoff, Guido*: Der Entwicklungshilfesausschuss der OECD und die deutsche Entwicklungszusammenarbeit: ein Verhältnis auf dem Prüfstand, 182 S., Bonn 2000, ISBN 3-8039-0497-8

117 *Scholz, Imme*: Nutzung natürlicher Ressourcen zwischen Raubbau und Nachhaltigkeit: Sozioökonomische Bedingungen und unternehmerische Handlungsmuster, 446 S., Bonn 1999, ISBN 3-8039-0492-7

[zu beziehen über den Buchhandel]

### Berichte und Gutachten

11/04 *Scholz, Imme et al.*: Sociedade civil e política ambiental na Amazônia. Os casos da barragem de Belo Monte e da rodovia federal BR-163, 85 S., Bonn 2004, ISBN 3-88985-272-6 (deutsche Fassung: ISBN 3-88985-260-2 – Berichte und Gutachten 12/03)

10/04 *Qualmann, Regine et al.*: Negotiating Economic Partnership Agreements with the EU. Opportunities, Risks, and Negotiation Options for Tanzania, 70 S., Bonn 2004, ISBN 3-88985-270-X

9/2004 *Goedeking, Ulrich*: Staatliche Regulierung des Engagements deutscher zivilgesellschaftlicher Organisationen und ihrer Partner in Entwicklungs- und Transformationsländern: Restriktionen und Reaktionsmöglichkeiten der deutschen EZ, 52 S., Bonn 2004, ISBN 3-88985-269-9

8/2004 *Brandt, Hartmut*: Probleme und Tendenzen der Agrarpolitik in Subsahara-Afrika, 87 S., Bonn 2004, ISBN 3-88985-268-8

[Schutzgebühr: 9,63 Euro; zu beziehen beim DIE oder über den Buchhandel. Diese Schriftenreihe wurde eingestellt und ab November 2004 durch die neue Schriftenreihe „**Studies**“ ersetzt.]

## Neue Publikationsreihen ab November 2004

### Studies

- 12 *Stefanie Pfahl / Dennis Tänzler*: Bestandsaufnahme und Bewertung von *Capacity Development*-Maßnahmen im Bereich der internationalen Klimapolitik, 135 S., Bonn 2005, ISBN 388985-300-1
- 11 *Ashoff, Guido*: Enhancing Policy Coherence for Development: Justification, Recognition and Approaches to Achievement, 128 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-299-8 (deutsche Fassung: ISBN 3-88985-286-6 – Studies 6)
- 10 *Schmidt, Petra*: Budgethilfe in der Entwicklungszusammenarbeit der EU, 137 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-295-5
- 9 *Loewe, Markus*: Relevanz der *Millennium Development Goals* (MDGs) für die Länder des Nahen Ostens und Nordafrika sowie für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit dieser Region, 225 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-294-7
- 8 *Dussel Peters, Enrique*: Economic Opportunities and Challenges Posed by China for Mexico and Central America, 140 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-290-4
- 7 *Müller, Katharina et al.*: Transforming the Latvian Health System: Accessibility of Health Services from a Pro-poor Perspective, 119 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-289-0
- 6 *Ashoff, Guido*: Der entwicklungspolitische Kohärenzanspruch: Begründung, Anerkennung und Wege zu seiner Umsetzung, 128 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-286-6 (englische Fassung: ISBN 3-88985-299-8 – Studies 11)

[Schutzgebühr: 10,00 Euro; zu beziehen beim DIE oder über den Buchhandel]

### Discussion Paper

- 11/2005 *Messner, Dirk / Imme Scholz*: Finanzierung internationaler Zusammenarbeit in der deutschen Außen- und Sicherheits-, Entwicklungs- und Umweltpolitik, 32 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-298-X
- 10/2005 *Scheumann, Waltina / Susanne Neubert*: Empfehlungen zur strategischen Orientierung der EZ im grenzüberschreitenden Gewässermanagement in Afrika, 21 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-297-1
- 9/2005 *Grossmann, Malte*: Kooperation an Afrikas internationalen Gewässern: die Bedeutung des Informationsaustauschs, 39 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-296-3
- 8/2005 *Mostert, Erik*: How can International Donors Promote Transboundary Water Management?, 34 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-293-9
- 7/2005 *Wirkus, Lars / Volker Böge*: Afrikas internationale Flüsse und Seen. Stand und Erfahrungen im grenzüberschreitenden Wassermanagement in Afrika an ausgewählten Beispielen, 65 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-292-0
- 6/2005 *Klaphake, Axel*: Kooperation an internationalen Flüssen aus ökonomischer Perspektive: Das Konzept des *Benefit Sharing*, 80 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-291-2

[Schutzgebühr: 6,00 Euro; zu beziehen beim DIE oder über den Buchhandel]

Eine vollständige Auflistung erhältlicher Publikationen des DIE finden Sie unter:

<http://www.die-gdi.de>